

Roman Herzog in Argentinien

Deutscher Bundespräsident trifft am Montag zu Staatsbesuch in Buenos Aires ein

Auf Einladung von Präsident Carlos Menem weilt der deutsche Bundespräsident Roman Herzog von Montag bis Freitag in Argentinien. Begleitet wird Herzog unter anderem vom Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer, dem Chef des Bundespräsidialamtes und Staatssekretär Wilhelm Karl Staudacher, dem Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Lorenz Schomerus sowie einer 40köpfigen Wirtschaftsdelegation.

Am Dienstag wird Herzog seinen Staatsbesuch mit einer Kranzniederlegung am Denkmal von General San Martín beginnen. Daraufhin wird er sich zur Casa Rosada begeben, wo er von Präsident Menem empfangen wird. Später steht ein Mittagessen in der Börse auf dem Programm, bei dem sich Herzog mit Vertretern der Deutsch-Argentinischen Handelskammer trifft. Am Nachmittag wird Herzog von Stadtchef Fernando de la Rúa empfangen, aus dessen Händen er den Stadtschlüssel entgegen nimmt und zum Ehrenbürger von Buenos Aires ernannt wird.

Am Mittwoch steht ein Besuch der Pestalozzi-Schule auf dem Programm. Im Justizpalast trifft sich Herzog danach mit Julio Nazareno, dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes. Anschliessend sind Ge-

sprache mit Vizepräsident Carlos Ruckauf und dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer, Alberto Pierri, vorgesehen.

Am Mittwoch nachmittag trifft sich Herzog mit den „deutschen Müttern der Plaza de Mayo“. Am Donnerstag fliegt Herzog nach einem Gespräch mit Provinzgouverneur Eduardo Duhalde nach Córdoba, wo er ebenfalls zum Ehrenbürger ernannt werden soll. Weiter stehen ein Treffen mit dem Gouverneur von Córdoba, Ramón Mestre, auf dem Programm sowie ein Besuch des Volkswagenwerks.

In einem schriftlichen Interview mit dem „Argentinischen Tageblatt“ bezeichnete Herzog Argentinien als „wichtigen Handelspartner“ mit dem ein „dichter politischer Dialog“ geführt werde.

Herzog nahm auch Stellung zu den rechtsextremen Übergriffen in Deutschland, die er als „besorgniserregend“ bezeichnete. „Man sollte diese Vorfälle sehr ernst nehmen, sich aber auch vor Verallgemeinerungen hüten“, sagte der Bundespräsident.

Das wiedervereinigte Deutschland sieht Herzog „auf dem richtigen Weg. Das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands ist ein natürlicher Prozess, der Zeit braucht und kontinuierlich voranschreitet“.

Duhalde und Ortega Hand in Hand

Gouverneur Busti stimmt zu / Menemisten blasen zum Sammeln

In einem Ambiente, in dem sich die Freude der Kandidaten und vieler Anwesender mit der Überraschung anderer mischte, gaben am Dienstag Eduardo Duhalde und Ramón Ortega ihren Entschluss bekannt, mit einer gemeinsamen Formel in die Internwahlen des Peronismus zu gehen. Was noch nicht feststeht, ist, wer am Ende Kandidat für was sein wird. Um zu bestimmen, wer Präsidentschaftskandidat und wer Vizepräsidentschaftskandidat wird, denkt man an Varianten: Eine Umfrage, ein Abkommen auf Gouverneursebene oder eine „gekreuzte“ Formel Duhalde-Ortega, Ortega-Duhalde. In dem noch vor den Fragen verlesenen Kommuniqué richteten Duhalde und

Ortega eine unüberhörbare Botschaft an die Gouverneure, die heute einen entscheidenden Machtfaktor im PJ darstellen. Da wurde darauf hingewiesen, dass das Abkommen bedeute, „die spürbare Forderung aller führenden Compañeros und militanten Peronisten, den Triumph des Justizialismus in den kommenden Wahlen zu sichern, zu akzeptieren“.

Beobachter der politischen Bühne stimmten darin überein, dass der Entschluss auch darauf abzielt, neuen Anstalten zur Erreichung einer neuerlichen Wiederwahl Menems den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ausserdem aber auch als eine Botschaft an Carlos Reutemann zu werten ist, der bisher seine Präkan-

didatur für den Menemismus noch nicht akzeptiert hat. Hinsichtlich Wiederwahl erfuhr man dann einen Tag später einiges von Präsident Carlos Menem.

Dabei stützte sich Menem auf drei Punkte: Scharfe Kritik der Opposition, die zuweilen in abwertendem Vokabular gipfelte, Gebrauch der Sprache und der Ausdrucksformen des Wahlkandidaten und Hinweis auf die Pläne einer nächsten Administration und die Überzeugung, dass er der Lenker des Peronismus sei, und dessen „erster Regisseur“. Wer diese Eigenschaft nicht anerkenne, mache sich der „Treulosigkeit schuldig.“

„Perón wollte man mit einer Unión Democrática aufhalten, uns

mit einer angeblichen Allianz“, sagte Menem.

„Niemand wird uns von diesem Weg abbringen“, versicherte Menem, „wir folgen einem Mandat Gottes. Ich weiss, dass es eine Million von Hindernissen gibt (in klarer Bezugnahme auf seine verfassungsmässigen Beschränkungen).“

Die erste Sympathieadresse für das Bündnis Duhalde-Ortega kam aus Entre Ríos. Dort erklärte der Gouverneur Jorge Busti, er sei seit 15. Oktober für eine solche Formel eingetreten, weil er glaube, dass der PJ sich damit mit einigen Chancen den Kandidaten der Allianz stellen könne. Andererseits aber liess Busti keinen Zweifel daran, dass er in Menem den Leader sieht.

Stromversorgung wieder hergestellt

Regierung will Edesur mit Dekret zu Entschädigungszahlung zwingen

Nach elf Tagen Dunkelheit bekamen am Donnerstag fast alle Betroffenen wieder Licht. Der von dem Stromunternehmen Edesur durch Verletzung der Sicherheitsvorschriften verursachte „apagon“ (Stromsperre) betraf auf seinem Höhepunkt mehr als zehn Stadtteile und rund 150.000 Stromkunden. Mehr als 600.000 Personen mussten Tem-

peraturen von über 30° ohne Kühlschränke, ohne Ventilatoren und ein grosser Teil von ihnen ohne Wasser ertragen. Doch im selben Moment, als Edesur die völlige Normalisierung der Stromlieferung verlautbarte, beklagten sich Bewohner in verschiedenen Stadtteilen darüber, noch kein Licht zu haben.

Die Katastrophenbehörde Defensa Civil gab die Betreuung von 44 Gebäuden mit Stromgeneratoren bekannt, in denen Anschluss- und Sicherungsdefekte festgestellt wurden. In der Kontrollbehörde ENRE ist man sich nicht sicher, dass die derzeitige Versorgung der betroffenen Stadtteile entgeltlich ist. „Erst Ende der Woche wird die Strom-

lieferung umfassend normalisiert sein. Wir schliessen auch neue Unterbrechungen, wenn auch von kürzerer Dauer, nicht aus“, so verlautete.

Die Leiden der Menschen waren unsäglich und die materiellen Verluste zum Teil gross. Tonnen von verdorbenen Lebensmitteln mussten vernichtet werden, Lokale blieben auf war-

men Getränken sitzen, die bei der Hitze keiner wollte. In den Tagen zuvor war bereits die Entschädigungsfrage aufs Tapet gekommen. Wenn auch am Mittwoch in Chile der Hauptaktionär von Edesur, Juan Antonio Guzmán, Präsident der chilenischen Stromfirma Enersis, erklärte, das Unternehmen werde keine Strafen bezahlen, weil die rechtliche Grundlage fehle, so versicherte er am Donnerstag bei seinem Eintreffen in Ezeiza, man werde zahlen. Was und wieviel sagte Guzmán hingegen nicht.

ENRE-Chef Juan Antonio Le-

gisa erklärte am Donnerstag nach dem Ende der Kabinettsitzung in Olivos, Edesur müsse zuerst zahlen und könne dann Einspruch erheben. Innenminister Carlos Corach seinerseits versicherte, das Unternehmen werde gezwungen werden, zu zahlen oder es verliere die Konzession. Trotz der Worte von Corach denkt niemand, auch nicht die Opposition daran, die Konzession zu kündigen. Die Zahlung soll durch eines der berüchtigten Notwendigkeits- und Dringlichkeitsdekrete von Präsident Carlos Menem erreicht werden.

stattgefunden.

Bisher hatte die deutsche Regierung stets bestritten, dass ein argentinischer Offizier in der deutschen Botschaft tätig gewesen sei.

Erst am Mittwoch wurde ein Regierungs-Schreiben, datierend vom 6. Januar dieses Jahres, zur Veröffentlichung freigegeben. Darin gibt die Bundesregierung immerhin zu, dass ihr seinerzeit „von der argentinischen Regierung ein gewisser Major Peirano als Kontakt- und Vertrauensmann vorgeschlagen“ worden sei. Die Bundesregierung weist in ihrem Schreiben, das am Mittwoch bei der spanischen Nachrichtenagentur EFE einging jedoch ausdrücklich darauf hin, dass „dieser sogenannte Major Peirano, nie Mitglied der deutschen Botschaft war.“

Im vergangenen Jahr hatten die Anwälte der Gruppe „Koalition gegen die Straffreiheit“, die im Auftrag von Angehörigen von Verschwundenen in Nürnberg einen Prozess gegen 41 hochrangige Offiziere der letzten Militärdiktatur anstrengen, Zugang zu den Akten der deutschen Botschaft verlangt.

Wie das deutsche Ausseministerium mitteilt ist dies allerdings von Gesetzes wegen nicht erlaubt: „Personenakten aus dem Archiv der Bundesrepublik dürfen erst 30 Jahre nach dem Tod der Betroffenen von Dritten eingesehen werden.“

Wie mehrere Angehörige von Verschwundenen bestätigten, wurde ihnen von besagtem Major Peirano eine Telefonnummer vermittelt, unter der sie weitere Informationen hätten erhalten sollen. Nachforschungen der Angehörigen ergaben jedoch, dass die angegebene Nummer der Anschluss einer Sondereinheit des militärischen Geheimdienstes war.

Nationalabgeordnete ohne Sitzungen

Es fehlte politischer Wille und elektrischer Strom

Ohne Licht, ohne Wasser und ohne grosse Lust bei den Volksvertretern fiel der Vorhang für die Ausserordentlichen Sitzungen des Kongresses, die am Freitag „starben“, ohne überhaupt „geboren“ worden zu sein. Am Montag wird Präsident Carlos Menem eine neue ordentliche Sitzungsperiode eröffnen, die bis zum 30. November dauert. Menem tut dies mit seiner letzten Rede im Rahmen der Legislativ-Versammlung, die erst am 10. Dezember zur Eidesleistung seines Nachfolgers und der Anhörung von dessen Antrittsrede neuerlich zusammentritt. Menem kann für sich einen seltsamen und unerwarteten Rekord verbuchen. Keines der Projekte, die gemäss der Exekutive Gegenstand der Ausserordentlichen Sitzungen im Februar sein sollten, wurde behandelt. Damit aber nicht genug veranstalteten die Abgeordneten nicht einmal eine Sitzung. Die letzte fand am 29. Dezember, in der Verlängerung der Ordentlichen Sitzungen statt, um das Kontinentaleisabkommen zu verabschieden, das dann an den Senat weitergegeben wurde. Die Senatorenkammer ihrerseits traf am Mittwoch nur zum Amtsantritt der neuen Behörden des Gremiums zusammen. Dies war die einzige Tätigkeit des Kongresses während der Periode der Ausserordentlichen Sitzungen, die von der Exekutive einberufen worden waren, um rund 30 Angelegenheiten zu behandeln. Der gigantische Stromausfall begann am 15. Februar und seither verwandelten sich die Abgeordneten - mehr betroffen als die Senatoren - in Pilger mit Büros in den Kaffeehäusern der Gegend, weil sie ihre Büros im Kongressgebäude nicht benutzen konnten. Trotz dieser Schwierigkeiten war etwas anders ausschlaggebend. Was fehlte war der politische Wille, um wenigstens ein Anzeichen von parlamentarischer Arbeit zu geben.

SIDE-Mitarbeiter in der deutschen Botschaft

Geheimdienstmajor als Kontaktperson für Angehörige von Verschwundenen

Die deutsche Bundesregierung hat zum ersten Mal offiziell zugegeben, dass ein Mitarbeiter des militärischen Geheimdienstes (Servicio de Inteligencia del Ejército, SIDE) während der letzten Militärdiktatur in der deutschen Botschaft in Buenos Aires als Kontaktperson für Angehörige von Verschwundenen eingesetzt wurde.

Der Mitarbeiter des Geheimdienstes, der sich als „Mayor Peirano“ ausgab, hätte Kontakte zwischen den Angehörigen und den Verschleppten oder Entführten herstellen oder zumindest Informationen über das Verbleiben der Verschwunden geben sollen. Wie „Pagina/12“ am Donnerstag berichtete, hat der SIDE-Mitarbeiter die Angehörigen jedoch lediglich befragt ohne Hilfe zu leisten. Die Befragung, so „Pagina/12“ weiter, hätten in der Botschaft und in Anwesenheit des damaligen ersten Konsuls Henning von Schlick

Eduardo Menem weiter Senatschef

Senatoren wählten Präsidentenbruder einstimmig zum elften Mal

Der Senator Eduardo Menem rangiert weiterhin und mindestens bis Februar 2000 an zweiter Stelle in der Präsidentennachfolge, auch wenn Ende dieses Jahres eine neue Regierung ans Ruder kommt. Der Bruder des Präsidenten wurde am Mittwoch einstimmig zum elften Male hintereinander zum provisorischen Senatsvorsitzenden gewählt. Sein Amt kommt in der Rangfolge gleich nach dem Vizepräsidenten und er würde die Präsidentschaft im Fall von Amtsenthebung, Tod, Rücktritt oder Unfähigkeit von Präsident und Vize übernehmen. So steht es in Artikel 88 der Verfassung. Auf diese Art und Weise wäre ein Peronist angesichts einer eventuellen Regierung der Allianz der zweite auf der Nachfolgeliste. In Ausübung seines Amtes könnte er, bei Abwesenheit von Präsident und Vize, unter anderen Vollmachten und Dekrete unterschreiben, Minister absetzen und Gesetze erlassen. Der Fraktionschef der Radikalen, José Genoud, erklärte am Mittwoch, er habe Eduardo Menem aus Respekt für die Mehrheit gewählt und lobte ihn, warnte aber gleichzeitig vor einer Neuaufgabe der Diskussionen, die mit der Amtsübernahme von zwei peronistischen Senatoren endeten, die von der UCR als „truchos“ betrachtet werden. In der gleichen Sitzung wurden auch andere Ämter gewählt. Erster Vizepräsident wird Antonio Cafiero, der von Ramón „Palito“ Ortega vorgeschlagen wurde. Palito erinnerte daran, dass es das erste Mal sei, dass er rede. Seine Rede, um Cafiero vorzuschlagen, war allerdings von kurzer Dauer: Nach 30 Sekunden sass Ortega bereits wieder auf seinem Abgeordnetensitz. Die Allianz schwiegen den bonaerenser Peronisten einfach tot. Zweiter Vize wird der Radikale Mario Losada und Dritter Roberto Ulloa aus Salta, der von den Provinzparteien vorgeschlagen wurde. Ulloa, ein Militär im Ruhestand, ersetzt Bussis Mann Carlos Almirón.

SERVICIOS DIGITALES S.A.

Especialista en
Multimedia, Titulos CD-Rom, Presentaciones
Interactivas, Documentos Electrónicos,
Internet, Intranet y mucho más...

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios @maus.com.ar

Alfonsín im Abseits

Expräsident Raúl Alfonsín steht seinem Nachfolger Carlos Menem als Macher brisanter politischer Neuigkeiten keinesfalls nach. Sein letztes Bravourstück war in der Vorwoche der unerwartete Rücktritt aus drei politischen Machthebeln. Trotz seiner erwarteten Wahlniederlage vom Oktober 1997, der er klugerweise auswich, als die oppositionelle Allianz auf seine Anregung geschaffen wurde, mauserte sich Alfonsín im letzten Jahr abermals zu einem politischen Macher, der es versteht, immer wieder als Stehaufmännchen obenauf in der Landespolitik zu wirken.

Mit dem Gespür des waschechten Politikers hatte Alfonsín festgestellt, dass er im kommenden Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen vom 24. Oktober die schärfste Kritik aus eigenen Reihen und von der Regierungspartei auf seine Person ziehen würde. Er nannte das einen Feldzug gegen ihn, der angeblich schon unterwegs sei. Daraufhin kündigte er in drei am gleichen Tag datierten Briefen seine Demission als Leiter des sogenannten programmatischen Instituts der Allianz in einem Brief an die beiden Formelpartner Fernando de la Rúa und Carlos „Chacho“ Alvarez, ferner als Leiter des UCR-Komitees für politische Aktion in einem Brief an den Parteivorsitzenden De la Rúa und schliesslich als möglicher Kandidat für den Parteitag sowie bereits vorweggenommener Vorsitzender des Parteivorstandes in den für November 1999 angesetzten Wahlen in einem Brief an den Präsidenten der Partei der Provinz Buenos Aires, Enrique „Japonés“ García an. Alfonsín gehört der Partei in der Provinz an, ist er doch in seiner Heimatstadt Chascomús ansässig.

Mit gleich drei Demissionen hat Alfonsín für Schlagzeilen gesorgt und ist anschliessend ferienhalber nach Mexiko abgeflogen. Im Allianz-internen Parteihader hatte sich Alfonsín offenbar darüber geärgert, dass De la Rúa neben dem von Alfonsín präsidierten Institut für Programmierung eine eigene Arbeitsstelle schuf, die ihm für den Fall des Wahlsieges ein druckfertiges Regierungsprogramm ins Haus liefern soll. Gemeint sind erste Massnahmen am 10. Dezember 1999, unmittelbar nach dem Amtseid im Kongress.

Hier schwelte ein Allianz-interner Konflikt. Das sogenannte Institut, eine sicherlich weitschweifige Umschreibung für eine Arbeitsgruppe mehrerer Wirtschaftspolitiker, stand ein für den sogenannten progressiven Flügel der Allianz. Alfonsín befürwortet heute noch, trotz seinem offensichtlichen Fiasko mit der Hyperinflation am Ende seiner Amtszeit, dirigistische Interventionen der Regierung in den Wirtschaftsablauf; insbesondere tritt er für eine angeblich aktive Geldpolitik ein. Damit wird die von der Regierung betriebene Geldschöpfung der Notenbank für allerlei Günstlinge umschrieben, die zusammen mit zahlreichen anderen Fehlentscheidungen besagte Hyperinflation bewirkte.

Diese als progressiv umschriebene Einstellung kommt in der Öffentlichkeit längst nicht mehr an. Völker mit hyperinflationärer Erfahrung scheuen vor geldschöpfender Inflation zurück. Die Deutschen haben ihre beiden Hyperinflationen von 1923 und 1948 nach einem halben Jahrhundert nicht vergessen. Den Argentinern steckt die Furcht vor der Hyperinflation immer noch im Nacken, obwohl demnächst ein Jahrzehnt vergangen sein wird, seit sie unter Präsident Menem überwunden werden konnte.

De la Rúa ist als Präsidentschaftskandidat, den die Umfragen

über die Wählerabsichten stets bevorzugen, offenbar überzeugt, dass die Wähler nicht mit angeblich progressiven Postulaten überzeugt werden können, sondern vielmehr mit stabilitätskonformen Vorschlägen. Sein wirtschaftspolitisches Team umfasst Mitarbeiter wie Adalberto Rodríguez Giavarini, Ricardo López Murphy und andere, die allesamt für diesen wirtschaftspolitischen Kurs eintreten. Furchtsame Sparer und Unternehmer können De la Rúa getrost wählen, umso mehr seit Alfonsín als wirtschaftspolitischer Inspirator der Allianz im Abseits steht. Möglicherweise deshalb hat De la Rúa die Demission Alfonsíns sachlich zur Kenntnis genommen, ohne sie als einen Verlust für seinen Wahlfeldzug zu bezeichnen. Dass die Demission ihm zum Vorteil gereicht, musste De la Rúa freilich verschweigen.

Als demissionierter Leiter des politischen Komitees im Parteivorstand der UCR (nicht der Allianz) gibt Alfonsín einen Machthebel ab, der den Wahlfeldzug beeinflusst hätte. Der Wahlfeldzug soll künftig vom Allianzgespann De la Rúa - Alvarez persönlich geleitet werden, die die Lorbeeren im Fall des Wahlsieges einheimsen, aber im gegenteiligen Fall einer Niederlage die politischen Kosten tragen müssen, die Alfonsín dann nicht treffen. Präsidentschaftswahlen sind trotz Umfragen mitnichten gemachte Sachen.

Dass Alfonsín ferner auf den ihm sonst nicht abzustreitenden Posten des Parteipräsidenten ebenfalls verzichtet hat, nachdem er sich vor kurzem für diesen Machthebel interessiert hatte, zeugt möglicherweise von seiner Einsicht aus der letzten Erfahrung auf gleichem Posten, die der Partei mehrere Wahlniederlagen beschert hatte. Alfonsín war 1983 erfolgreicher Parteipräsident gewesen, als er mit über 50 Prozent der Stimmen zum Landespräsidenten gewählt wurde. Sein Glückselig begleitet ihn allerdings nur bis 1985. Nachher verlor die UCR alle Wahlen bis zur Allianzbildung im August 1997, als Alfonsín nicht Parteivorsitzender war. Offenbar will der gewitzte Politiker kein Risiko eingehen und bleibt im Abseits. Indessen darf dieses Abseits keineswegs als ein endgültiges Aus für den gestandenen Landespolitiker Alfonsín verstanden werden. Er wird auch weiterhin Politik machen, bestätigte er der Presse nach der Verkündung seiner dreifachen Demission. Als Machthebel steht ihm ein Posten in der Fünferriege der Allianz zur Verfügung, die er seit Ende 1997 mit De la Rúa und Rodolfo Terragno, damals Parteipräsident, für die UCR und Alvarez sowie Graciela Fernández Meijide für den FREPASO bestreitet. Ob dieses Führungsgremium, das nicht aus Internwahlen entstanden ist, sondern hausgemacht selbsternannt ist, weiterhin eine massgebende Rolle in der Strategie und Taktik der Allianz spielen wird, sei in Hinblick auf den kommenden Wahlfeldzug dahingestellt. Trotzdem behält Alfonsín seinen Posten in dieser Fünferriege und wird weiterhin Ansprechperson für allerlei politische Fragen bleiben.

Siegt die Allianz im Oktober, dann wird Alfonsín bei der Aufstellung der Regierungsmannschaft sicherlich mitmischen. Im Fall einer Wahlniederlage wahrt er sein Gesicht und wird sich nach neuer Taktik umschauen. Auf jeden Fall bleibt Alfonsín der Partei, der Allianz und der Landespolitik erhalten. Mit oder ohne dreifache Demissionen im Abseits.

„Ein enger politischer, wirtschaftlicher und kultureller Kontakt mit Argentinien“

Interview mit Bundespräsident
Prof. Dr. Roman Herzog

Herr Bundespräsident, Sie sind in einem halben Jahrhundert erst das dritte Staatsoberhaupt Deutschlands, das Argentinien besucht. Liegt Argentinien mit seiner grossen deutschen Gemeinschaft im toten Winkel der deutschen Aussen- und Wirtschaftspolitik? Ganz im Gegenteil! Argentinien ist für Deutschland ein geschätzter Partner, mit dem wir einen dichten politischen Dialog führen. Seit der Rückkehr Argentinien zur Demokratie ist dies bereits der zweite Besuch eines Bundespräsidenten. Auch der Bundeskanzler hat zweimal Ihr Land besucht. Präsident Alfonsín und Präsident Menem waren insgesamt viermal in Deutschland zu Gast. Vielleicht weniger sichtbar für die Qualität der Zusammenarbeit unserer Länder, aber ebenso bedeutsam sind die zahlreichen Arbeitskontakte auf Ministerienebene, zwischen den Parlamenten und zwischen argentinischen Provinzen und deutschen Bundesländern. Argentinien ist darüber hinaus für uns ein wichtiger Handelspartner in Lateinamerika. Deutsche Unternehmen sind hier seit Jahrzehnten tätig und haben ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Argentinien geleistet. Eine umfangreiche Delegation von Vertretern der deutschen Wirtschaft begleitet mich nach Buenos Aires, um sich aus erster Hand über die Chancen und Möglichkeiten zu informieren, die der argentinische Markt bietet. Es gibt wohl nur wenige Länder ausserhalb Europas, mit denen Deutschland politisch, wirtschaftlich und auch kulturell einen so engen Kontakt pflegt wie mit Argentinien. Dies ist mit Sicherheit auch auf die grosse Zahl deutscher Einwanderer zurückzuführen, die zu gegenseitigem Verständnis und auch gegenseitigem Interesse beitragen.

Das ‚Argentinische Tageblatt‘, dessen Leser ich an dieser Stelle ganz herzlich grüssen möchte, leistet Woche für Woche einen wertvollen Beitrag dafür, dieses Verständnis füreinander und die Neugier aufeinander zu fördern. Ich freue mich daher sehr über die Gelegenheit, mich an Ihre Leser wenden zu können.

Viele Menschen in Argentinien verfolgen besorgt Nachrichten über rechtsradikale Tendenzen in Deutschland, darunter Vorfälle in der Bundeswehr und erschreckend hohe Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien bei Landtagswahlen wie in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg. In den 80er Jahren waren viele junge Menschen in Deutschland „friedensbewegt“, heute scheinen Ultrationalismus und Ausländerfeindlichkeit zu dominieren. Bekommt Deutschland dieses Problem in den Griff?

Die Nachrichten über Angriffe auf Ausländer und Umtriebe rechtsextremistischer Gruppen sind in der Tat besorgniserregend. Man sollte diese Vorfälle sehr ernst nehmen, sich aber auch vor Verallgemeinerungen hüten. Ich habe mich intensiv mit dem Thema beschäftigt und gerade auch mit jungen Menschen viel darüber diskutiert. Ich weiss daher, dass im Alltag und Denken der überwältigenden Mehrheit der jungen Deutschen Ausländerfeindlichkeit und rechtes Gedankengut keinen Platz haben. Und schauen Sie sich die öffentlichen Reaktionen der grossen Zahl empörter Mitbürger auf solche Vorfälle an, dann wird klar, dass die Radikalen in Deutschland keine Chance haben. Bei den letzten Bundestagswahlen wurden sie zur Bedeutungslosigkeit reduziert. Aber auch die Tatsache, dass es sich nur um eine Minderheit handelt, ändert nichts an dem Grundproblem, dessen sich die Regierung, aber auch die ganze Gesellschaft annehmen muss. Gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte sollte für uns selbstverständlich sein, dass es in Deutschland für Gewalt oder Intoleranz keine Freiräume geben darf.

Ihre Amtszeit war geprägt vom schwierigen Zusammenwachsen des wiedervereinigten Deutschlands, von zunehmenden Zukunftsängsten und Kontroversen über den Standort Deutschland. Hat sich seit Ihrer vielbeachteten Rede über die Zukunft Deutschlands etwas verändert?

Ich meine ja. Ich würde mich natürlich freuen, wenn meine Rede dabei etwas bewirkt und den einen oder anderen zum Nachdenken gebracht hat. Aber das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands ist auch ein natürlicher Prozess, der Zeit braucht und kontinuierlich voranschreitet. Wir haben gewiss nach dem Fall der Mauer die Herausforderungen und Probleme unterschätzt, die damals vor uns lagen. Vielleicht haben wir uns zu Anfang auch zu sehr auf die Beseitigung der offensichtlichen materiellen Mängel konzentriert und mit grossem Einsatz den Aufbau der Infrastruktur, den Bau von Strassen und die Renovierung baufälliger Fassaden betrieben. Was aber in den Köpfen der Menschen vorging und was die über 40jährige Trennung dort bewirkt hat, darum haben wir uns erst später gekümmert. Ich bin aber überzeugt, dass wir inzwischen auf dem richtigen Weg sind.

Das Amt des Bundespräsidenten ist seit Gründung der Bundesrepublik ein Spielball im Machtkampf der Parteien. Die Wahlen für das höchste Staatsamt haben schon Regierungswechsel eingeläutet, beruhen auf Koalitionsvereinbarungen, und in Ihrem Fall wurde eine eventuelle Wiederwahl sogar Wahlkampfthema für die Bundestagswahlen. Ist es in einer in fünfzig Jahren gereiften Demokratie nicht an der Zeit, dass die Deutschen ihr Staatsoberhaupt direkt wählen?

Zu einem „Spielball im Machtkampf der Parteien“ ist das Amt des Bundespräsidenten in der Vergangenheit nicht geworden. Das liegt vielleicht auch daran, dass mit dem Präsidentenamt in Deutschland wenig konkrete Befugnisse verbunden sind; z.B. fehlt jede Regierungsverantwortung. Ich habe immer die Meinung vertreten, dass einige Dinge vor einer Direktwahl des Bundespräsidenten geklärt werden müssen, wenn man das wirklich machen will. Der Bundespräsident müsste dann ganz andere Befugnisse bekommen. Ein Bundespräsident, der sechs Monate Wahlkampf landauf, landab macht und dann mehr als die Hälfte der Bevölkerung hinter sich weiss, wird mit den wenigen Befugnissen, die ihm das Grundgesetz bietet, nicht zurechtkommen. Man kann natürlich das Grundgesetz umwerfen und eine Präsidialdemokratie wie in Frankreich oder wie in den Vereinigten Staaten daraus machen. Aber unsere parlamentarische Demokratie hat doch im wesentlichen funktioniert. Warum soll man jetzt insoweit eine völlig neue Verfassungsstruktur schaffen?

Im Mai wählt die Bundesversammlung in Berlin Ihren Nachfolger. Scheiden Sie mit Wehmut aus dem Amt?

Ämter in einer Demokratie sind Aufgaben auf Zeit. Das gilt auch für den Bundespräsidenten. Ich habe mich von Beginn auf eine Amtszeit festgelegt und dies auch sehr früh kundgetan, damit sich jedermann darauf einstellen konnte. Schon deshalb verspüre ich heute keine Wehmut, wenn ich an das Ende der Amtszeit im Sommer denke. Ich habe das Amt des Bundespräsidenten in einer Zeit grosser Umbrüche und Veränderungen ausgeübt. Dafür bin ich dankbar.

An welches Ereignis in Ihrer fünfjährigen Amtszeit erinnern Sie sich besonders gern?

Es ist nicht ein einzelnes Ereignis und auch nicht der Besuch eines Landes oder einer Stadt. In Erinnerung werden mir die vielen Gespräche und persönlichen Begegnungen mit Menschen überall in Deutschland bleiben und das enorme Vertrauen, das mir von meinen Landsleuten entgegengebracht wurde. Das ist für mich immer Anerkennung und Ansporn zugleich gewesen.

Wie wird das Leben eines Bundespräsidenten im Ruhestand aussehen?

Ich werde mein Büro in München unterhalten und möchte mich wieder mehr dem Schreiben widmen. Es wird Themenschwerpunkte meiner Amtszeit geben, an denen ich weiterarbeiten will. Für Detailplanungen ist es aber zu früh.

Bericht enthüllt Einwanderersituation

Durchschnittseinkommen 532 Pesos / 50 Prozent Schwarzarbeiter

Die Einwanderer aus Nachbarländern und Peru, die in der Hauptstadt und Gross-Buenos Aires leben, verdienen im Durchschnitt 532 Pesos monatlich - 30 Prozent weniger als Argentinier - und die Hälfte von ihnen sind Schwarzarbeiter. Diese Daten gehen aus dem Bericht „Einwanderung und Arbeitstätigkeit“ des Arbeitsministerium hervor, in dem eingehend auf die prekären Arbeitsbedingungen dieses Personenkreises eingegangen wird.

Der Bericht analysiert die Arbeit der Einwanderer im Zusammenhang mit einem eben dem Kongress zugewandenen Gesetzesprojekt, mit dem das Einwanderungsgesetz geändert werden soll. Es geht dabei um mehr Regelungen, empfindlichere Strafen und höhere Geldbussen für die Arbeitgeber und die Ausländer, die ohne argentinische Genehmigung arbeiten. Während aus Kreisen der Regierung auf die Missbräuche hingewiesen wird, enthüllt der Bericht des Arbeitsministeriums, dass die Ausländer aus den Nachbarländern unter Niedrigsteinkommen leiden und an nichtregistrierter Arbeit, die von den Unternehmen selbst gefördert wird.

Gemäss dem Text des Ministeriumsberichtes „verletzt die Schwarzarbeit die Rechte des Arbeiters und bricht die Regeln der sauberen Konkurrenz zwischen den Unternehmen ebenso wie die illegale Einwanderung und deren Missbrauch durch skrupellose Unternehmer gegen die Gleichheit der

Möglichkeiten und die gesunde Entwicklung des Systems verstösst. Auf diese Weise liefert der Bericht neue Elemente für die durch das offizielle Projekt entfachte Polemik, das von der Kirche, der Opposition, sozialen Gremien und Menschenrechtsorganisationen harsche Kritik erntete.

Die hauptsächlichlichen Schlussfolgerungen des Berichtes sind :

- 47 Prozent der Einwanderer der Nachbarländer halten sich in der Hauptstadt und Gross-Buenos Aires auf. Die von diesen Einwanderern bevorzugten Distrikte sind Avellaneda, Lanús, Vicente López, San Isidro, San Martín und Tres de Febrero. In der Hauptstadt erreicht der Prozentsatz der Einwanderer nur 3,7 Prozent der Gesamtbevölkerung.

- 1993 gab es in Buenos Aires und der bonaerenser Umgebung 941.290 Ausländer und im Oktober 1998 sank diese Zahl auf 918.525. Das heisst, die Präsenz der Ausländer sank von 8,4 Prozent auf 7,8 Prozent der Bevölkerung.

- Es gibt mehr Frauen als Männer unter den Einwanderern aus den Nachbarländern. 58,2 Prozent sind Frauen und 41,8 Männer.

- Fast 59 Prozent der Ausländer sind aus Nachbarländern, während 39 Prozent aus Europa kommen.

- Die Einwanderer aus den Nachbarländern sind arbeitswilliger. 61 Prozent arbeiten oder suchen Arbeit, während bei den im Land

Geborenen die entsprechende Proportion nur 45 Prozent beträgt.

- Von den arbeitenden Einwanderern aus den angrenzenden Ländern und Peru haben 72 Prozent ein Durchschnittseinkommen von 557 Pesos. Der Rest arbeitet auf eigene Rechnung mit niedrigerem Einkommen und verdient durchschnittlich 433 Pesos monatlich. Daraus ist ein generelles Durchschnittseinkommen von 532 Pesos annehmbar, 30 Prozent weniger als Argentinier verdienen.

- Während die Schwarzarbeit bei Argentinern 36,7 Prozent beträgt, erreicht sie bei den Einwanderern aus den angrenzenden Ländern und Peru 49,1 Prozent.

- In der Hauptstadt und deren Umgebung ergibt sich der höchste Anteil der Einwanderer aus Nachbarländern in der Baubranche. 14,6 Prozent der Arbeiter kommen aus

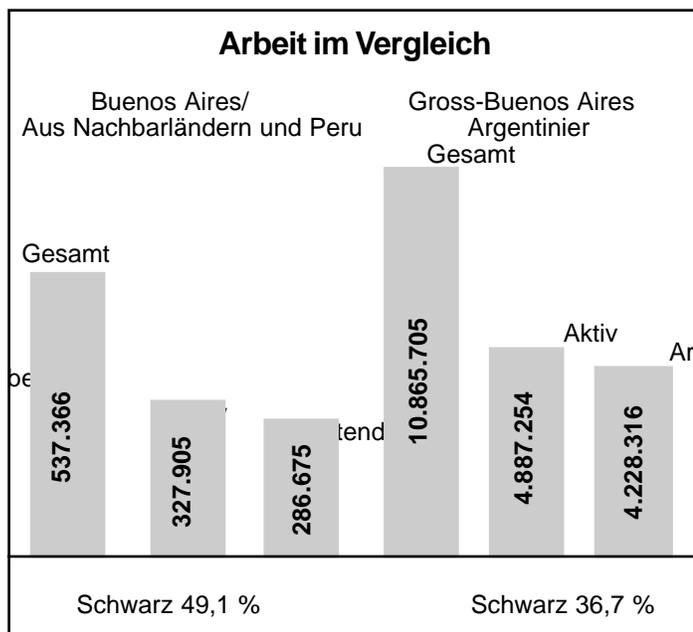
Paraguay, Uruguay, Brasilien, Bolivien und Peru.

Von den 709.624 Arbeitslosen in Stadt und Umgebung sind 41.230 aus den Nachbarländern und Peru. Vom Rest der Arbeitslosen sind 93 Prozent im Lande geboren. Die Präsenz der Einwanderer ist deutlicher in Landgebieten, wo die armseligen Arbeitsbedingungen noch ausgeprägter sind. Der Bericht stellt fest:

- Die Chilenen arbeiten in der Fruchtsaftindustrie, Landwirtschaft, insbesondere Fruchtanbau, Schafzucht und Schur, in Kühhäusern, im Tourismus und beim Bau.

- Die Paraguayer sind vor allem in der Landwirtschaft zu finden (Tee, Baumwolle, Mate), Waldarbeit und als Hausangestellte.

- Die Bolivianer sind in der Landwirtschaft tätig (Zucker, Tabak, Trauben und Fruchtanbau), aber auch auf dem Bau und im Haushalt.



(Quelle: Arbeitsministerium)

LAVArropas

KOH-I-NOOR

ENTRA EN SU CASA

Importa: API S.A.I.C. - Distribuye: AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 Florida (1602) Prov. de Buenos Aires - Tel.: 730-0011 - Fax: 730-0800

Kein Vertrauen in Argentinien's Justiz

Trotz der Schaffung des Ethik-Büros und der Aufstellung von Regeln zur Bekämpfung der Korruption vertrauen die USA dem argentinischen Justizsystem noch nicht. Gemäss dem geschäftsführenden Direktor der Organisation „Transparency International“, Jeremy Pope, ist dies einer der Gründe, warum das US-Justizministerium sich weigert, der Auslieferung von zwei IBM-Direktionsmitgliedern zuzustimmen. In der Sache geht es um die Bezahlung von 21 Millionen Dollar Schmiergeld, um einen Kontrakt mit der Nationalbank zu erreichen. „Damit der Kampf gegen die Korruption erfolgreich ist, müssen die Länder ihre Antikorruptionsgesetze anwenden. Es ist aber schwierig, dass ein Land die Auslieferung eines seiner Bürger an ein Land akzeptiert, in dem das Justizsystem nicht vertrauenswürdig ist“, erklärte Pope am Vorabend der Konferenz über die Bekämpfung der Korruption. Die Konferenz wurde am Mittwoch von US-Vizepräsident Al Gore eröffnet. Im gleichen Zusammenhang versicherte Unterstaatssekretär und Botschafter Stuart Eizenstat: „Die Vereinigten Staaten messen der Bekämpfung der Korruption grosse Bedeutung zu, weil sie ein Hindernis für fundierte Entwicklung ist und am Ende immer die Ärmsten zahlen“. Viele nordamerikanische Firmen konnten sich an Privatisierungen in aufstrebenden Wirtschaften nicht beteiligen, weil sie auf Grund eines Gesetzes kein Schmiergeld bezahlen können. Das Korruptionsgesetz von 1997 verbietet es ihnen. Über den Fall IBM, der derzeit vom State Department untersucht wird, wollte sich Eizenstat nicht äussern. Eine auf der Konferenz präsentierte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Mora & Araujo ergab, dass 72 Prozent der befragten Unternehmer die Korruption als grosses Problem für Geschäfte in Argentinien ansehen.

De la Rúa - Alvarez am Allianz-Steuer

Neues Führungsgremium mit Repräsentation von Provinzparteien

Raúl Alfonsín hatte auf seine Ämter in der Allianz noch nicht verzichtet, als Fernando de la Rúa und Chacho Alvarez bereits von einer neuen Führung für die Koalition träumten, in der die Präsidentschaftsformel eine grössere Rolle spielen sollte, als in der „Gruppe der Fünf“. Dieses Gremium soll „Mesa Federal“ (Bundesführung) heissen, den Vorsitz werden De la Rúa und Alvarez haben und dazu gehören werden ausserdem Vertreter der Provinzparteien, die mit der Allianz marschieren.

Die Bildung dieser Bundesführung hat noch kein Datum. Zu ihr werden auch Repräsentanten des Frepaso aus verschiedenen Provinzen gehören. Abgesehen von der Hauptstadt und der Provinz Buenos Aires wird die Partei von Alvarez mindestens einen Vertreter für Neuquén haben, wo der Gouverneurskandidat Oscar Massei vom Frepaso ist.

De la Rúa und Alvarez dachten zwar schon länger an eine neue Führungsform, doch nahm die Idee erst in diesem Jahr Gestalt an und war eines der Ge-

sprächsthemen bei einem Abendessen in der Vorwoche. Die Teilnehmer, neben de la Rúa und Alvarez der Radikale Rafael Pascual und Alberto Flamarique vom Frepaso, waren sich einig, dass es notwendig sei, „eine Führung zu zeigen, die mehr ist, als UCR und Frepaso“.

Im Grunde genommen, wenn auch nur formal ausgedrückt, nimmt das relative Gewicht der UCR in der Allianz und das der Hauptstadt gegenüber dem Rest des Landes ab. Die Präsenz der Vertreter von Provinzparteien verhindert den Eindruck, dass die Allianz nur die UCR in Begleitung des Frepaso ist.

Die Dominanz der UCR ist nicht nur Anlass der Besorgnis für den Frepaso. Auch die Radikalen sind überzeugt davon, dass ein guter Teil der Chancen, in den Präsidentschaftswahlen zu siegen, von einer Bedingung abhängt.

Die Koalition muss sich als eine völlig neue Kraft darstellen und nicht als der Versuch des Radikalismus, in neuen Kleidern zurück an die Regierung zu kommen.

Eine negative Entscheidung für Menem

Oberster Gerichtshof beschränkt Notwendigkeits- und Dringlichkeitsdekrete

In einem unmittelbar zur Veröffentlichung anstehenden Fall beschränkt der Oberste Gerichtshof die Reichweite der sogenannten Notwendigkeits- und Dringlichkeitsdekrete der exekutiven Gewalt. Dieses Mittel wurde von Präsident Carlos Menem während seiner zwei Mandate in mehr als 400 Fällen angewendet. Die Entscheidung des Gerichtshofes wird für die Dekrete dieser und der folgenden Regierung Gültigkeit haben. Die Vollmacht, sie in jenen Fällen zu diktieren, in denen nicht ausdrücklich das respektiert wird, was Gesetze und Verfassung festlegen, wird erheblich beschnitten.

Das Hilfsmittel dieser Dekrete übertraf während der Regierung Menems alles bisher dagewesene. Viele dieser Dekrete haben die Justiz beschäftigt und insbesondere jene mit der Arbeitsflexibilität im Zusammenhang stehenden, die in Gesetzen der Nation festgelegte Begünstigungen abschafften. Im vorliegenden Fall geht es um die Dekrete 770 und 771 von 1996, die Angestellten, die mehr als 1000 Pesos im Monat verdienen, die Familienzulagen strichen. Das Gesetz 24.714 vom 2. Oktober 1996, das die Grenze auf 1500 Pesos festsetzte, bereinigte die Situation. Die Entscheidung gegen derartige Dekrete und die Bestätigung der Verfassungswidrigkeit der Dekrete 770 und 771 ist ein Präzedenzfall und lässt einen Rattenschwanz von Verfahren voraussehen.

Zwischen Juli 1989 und August 1998 unterzeichnete Präsident Carlos Menem 472 Notwendigkeits- und Dringlichkeitsdekrete, die weitaus höchste Zahl für einen Mandatar allein. Entsprechend einer Untersuchung des Centro de Estudios de Políticas Públicas Aplicadas (CEPPA, Studienzentrum für angewandte Politik) schlug Menem seinen Vorgänger im Amt, Raúl Alfonsín, um Längen. Der radikale Ex-Präsident unterzeichnete während seiner Amtszeit von 1983 bis 1989 nur zehn dieser Dekrete. Unter ihnen jenes, mit dem der Plan Austral 1985 aus der Taufe gehoben wurde.

Unter den Themen, in denen Menem Notwendigkeitsdekrete unterzeichnete, sind das Zwangssparen von mit festen Terminen angelegten Geldern, die Privatisierung der Flughäfen, die Aktualisierung der Mindestrenten und die Deregulierung der Sozialwerke.

Gemäss CEPPA wurden von 1853 bis zum Regierungsantritt Menems nur 25 Notwendigkeits- und Dringlichkeitsdekrete erlassen. Das bedeutet, dass Menem in weniger als zehn Jahren eine Zahl von Dekreten unterzeichnet hat, die 15mal grösser ist, als jene von allen vorherigen Präsidenten unterzeichneten.

Waldbrände wüten in Patagonien

Weite Teile des Nationalparks Nahuel Huapi stehen in Flammen. „Das Feuer ist ausser Kontrolle“, sagte Umweltministerin María Julia Alsogaray, deren Politik von Umweltschützern seit Jahren wegen fehlender Vorbeugungsmassnahmen scharf kritisiert wird.

„Clarín“ meldete am Mittwoch, mindestens 3.000 Hektar alten und wertvollen Baumbestands seien bereits vernichtet worden. Insgesamt sind in der Region ausserhalb des Parks bereits 30.000 Hektar den Flammen zum Opfer gefallen. Am Dienstag kam ein Feuerwehrmann ums Leben.

Nach Gewittern und Regenfällen normalisierte sich am Donnerstag die Lage leicht.

Allerdings wüteten in weiten Teilen die Brände dennoch weiter.

e-mail im Argentinischen Tageblatt

Die neuen Adressen

e-mail:

info@tageblatt.com.ar

Internet:

www.tageblatt.com.ar

Cisneros Malwinen-Mission in den USA

Gespräche für die Wiedereröffnung der Souveränitätsverhandlungen

Vizeausserminister Andrés Cisneros nahm in der vergangenen Woche in Washington neuerlich im Zusammenhang mit der Malwinen-Frage Kontakt mit dem State Department auf, wie jetzt aus der US-Hauptstadt verlautete. Grund war zu erfahren, wie die „Weichmacher“-Mission in London läuft, die Präsident Bill Clinton im Januar seinem Amtskollegen Carlos Menem versprach und deren Ziel die Wiederaufnahme der Souveränitätsverhandlungen ist, die seit 1982 abgebrochen sind.

Cisneros wurde am Freitag der Vorwoche vom Unterstaatssekretär für Interamerikanische Angelegenheiten Peter Romero empfangen, der ihn mit Strobe Talbott zusammenbrachte, der Nummer Zwei im US-Aussenministerium.

Der argentinische Botschafter in Washington, Diego Guelar, bestätigte zwar die Anwesenheit von Cisneros, versicherte aber, dessen Besuch im State Department sei nicht den Malwinen gewidmet gewesen. „Cisneros kam, um mit nordamerikanischen Fachleuten über die Anwendung von diplomatischen Mitteln zu sprechen“, sagte Guelar.

Im Gegensatz dazu hiess es in Washington, Clinton habe bereits im Januar Madeleine Albright „Grünes Licht“ gegeben, damit sie „ausreichend sanft“ vorgeht, um London nicht zu verärgern. Albright habe mit ihrem Kollegen Robin Cook gesprochen, wie Präsident Carlos Menem selbst in Buenos Aires bestätigte. Doch seither habe man nichts mehr von der Angelegenheit gehört. Daher, so war in Washington zu hören, habe Cisneros neuerlich über das Thema sprechen wollen. Doch eines der Probleme sei, dass die argentinische Regierung nicht völlig auf die Unterstützung der Radikalen zählen kann und dies hindere die argentinische Politik für die Malwinen eine tatsächliche Staatspolitik zu sein, verlautete aus diplomatischen Kreisen in Washington. Diese Feststellung bezog sich zweifellos auf die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Allianz zur Bestimmung einer Staatspolitik für die Malwinen und den offiziellen Vorschlag über das Einfrieren der Souveränitätsforderung auf die Dauer von 20 Jahren im Austausch dafür, dass die Kelpers ihr Einverständnis für die Wiederherstellung der Kontakte mit dem Kontinent geben.

Schulbeginn im ganzen Land

Für die Kinder, die in Buenos Aires und der Provinz Buenos Aires Kindergärten, Primär- und Sekundärschulen besuchen, ist der erste Schultag der Montag, 8. März. Am gleichen Tag beginnt der Unterricht auch für die Primärschüler in den Provinzen Chaco, Mendoza, San Juan, Santa Fe und Santiago del Estero.

Die ersten, die in diesem Jahr ihre Klassen und Lehrer wiedersahen, waren die Kinder in Salta. Dort begann am Montag das Schuljahr für die

Schüler des ersten und zweiten Zyklus der Educación General Básica (EGB, Allgemeine Grundstufe). Zwei Tage später, am Mittwoch, begannen die Schüler des dritten EGB-Zyklus. Es folgen am 1. März die Kinder in Catamarca, Corrientes, Entre Ríos, Formosa, San Luis, Santa Cruz, Tucumán, Tierra del Fuego, Jujuy und Misiones. Einen Tag danach, am 2. März, ist die Reihe an den Schülern in La Pampa und La Rioja. Die Provinz Córdoba hat bisher die Daten ihres

Schulkalenders nicht mitgeteilt.

Schlusslichter in dem Reigen der Schulbeginne sind die Kinder in Chubut, Neuquén und Río Negro, die erst am 15. März in die Schule müssen.

Gemäss dem vom Consejo Federal de Educación (Bundesrat für Unterricht) verbreiteten Zeitplan werden die Schüler in der Hauptstadt und in der Provinz Buenos Aires vom 19. Juli bis 30. Juli ihre Winterferien haben. Die Sommerferien hingegen werden in

diesem Jahr am 10. Dezember beginnen.

Bezüglich der schulfreien Tage haben die Behörden für das ganze Land festgesetzt: Feiertage mit fixen Terminen fallen auf den 2. April (Karfreitag), den Dienstag, 29. Mai, Freitag, 9. Juli und Mittwoch, 8. Dezember (Unbefleckte Empfängnis). Die Feiertage ohne festen Termin fallen auf den 10. Juni (Malwinen), 20. Juni (Día de la Bandera), 17. August (Todestag San Martins) und 12. Oktober (Día de la Raza).

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

UN-Mission für Kuwait

Heereschef Generalleutnant Martín Balza verabschiedete am Wochenende eine Truppe aus Angehörigen der Compañía de Ingenieros Kuwait 13, die Anfang der Woche in den Golfstaat geflogen sind, um dort im Rahmen einer UN-Friedensmission Dienst zu tun. In seiner Ansprache unterstrich der Heereschef die Bedeutung der Präsenz Argentiniens bei derartigen Missionen.

Cafiero zur sozialen Frage

„Die goldenen Jahre der Wirtschaft mit Wachstum und progressiver Verteilung des Volkseinkommens, Vollbeschäftigung und Freizügigkeit auf dem Ar-

beitsmarkt liegen hinter uns. Die Jahre der massiven sozialen Einbeziehung aller Sektoren sind Geschichte“, erklärte Senator Antonio Cafiero in einem Artikel in der letzten Nummer der Zeitschrift „Archivos del Presente“.

Disput in La Matanza

Die Gemeinderäte des Frente Grande in La Matanza - Mehrheitsfraktion des Frepaso - haben zu Wochenbeginn ein Dokument veröffentlicht, in dem sie die Abgeordnete Mary Sánchez „nicht mehr als eine Praktikantin unter anderen“ anerkennen. Gleichzeitig forderten sie Internwahlen zur Bestimmung des Frepaso-Kandidaten, der sich um

das Bürgermeisteramt bewerben wird.

„Japonés“ García starrsinnig

Der Bürgermeister von Vicente López, Enrique „Japonés“ García, versicherte am Montag, er habe nicht die Absicht, seine Vorkandidatur für das bonaerenser Vizegouverneursamt für die Allianz aufzugeben. Ausserdem kündigte García an, dass er in acht Tagen die Namen bekanntgeben werde, die in den Listen seines Sektors erscheinen würden. Im gleichen Atemzug schloss er jede Art von Verhandlung aus, mit der er bewegt werden sollte, von seiner Absicht, Graciela Fernández Meijide als Formelpartner zu begleit-

ten, zurückzutreten.

Jura-Studenten klagen

Eine Gruppe von Studenten der juristischen Fakultät der UBA beabsichtigt die Debatte über die umstrittene Aufnahme der PJ-Senatoren für den Chaco und Corrientes wiederzubeleben. Zu diesem Zweck reichten sie bei Richter Carlos Liboraci Klage gegen die Senatoren und die Mitglieder des Gerichts ein, die die Ernennungen für rechtmässig erklärt hatten.

Streik der Justizangestellten

Die Unión de Empleados de la Justicia de la Nación (Justizangestelltengewerkschaft) führ-

te am Mittwoch einen 24 stündigen Streik durch. Grund ist die Forderung nach Gehaltserhöhungen und die Festanstellung von Zeitangestellten. Gemäss der Gewerkschaft geht es um die Linderung der völlig verzerrten Gehaltstarife von Richtern und Angestellten.

Gratisanträge für Rentner

Rentner und Pensionsempfänger können gratis die Ausstellung von Geburts-, Heirats- und Adoptionsurkunden, die für verschiedene Altersvorsorgeanträge gebraucht werden, beantragen und ins Haus zugestellt bekommen. Antragstellung in der Dirección de Tercera Edad, Avenida Entre Ríos 1492, 1. Stock, Zimmer 112, Montag

bis Freitag 10.00 bis 17.00 Uhr. Nähere Auskünfte Tel. 4300-9606/9649/9659/9877.

5920 Gramm-Superbaby

In Córdoba brachte eine Diabetikerin ein Superbaby zur Welt, das ganze 5920 Gramm auf die Waage brachte. Die Mutter brachte bereits ein anderes Kind zur Welt, das ein Geburtsgewicht von 5350 Gramm hatte. Den Ärzten zufolge sind grosse Kinder im allgemeinen Folge von Krankheiten der Mutter und im vorliegenden Fall hänge es mit der Diabetes der Mutter zusammen.

Mendoza will Balter

Der Abgeordnete Carlos Balter (Partido Demócrata Mendoza) steht an der Spitze der Präfe-

renzen hinsichtlich der Gouverneurskandidatur. Eine kürzlich von dem Institut Hugo Haime y Asociados angestellte Umfrage ergab, dass 49,1 Prozent der Befragten erklärten, ihm ihre Stimme geben zu wollen. Damit liegt er weit vor dem Justizialisten Francisco „Chiche“ García, der gerade 27,2 Prozent bekam.

Protest gegen Entlassungen

Die Arbeiter des Unternehmens Mirgor-Interclima in Río Negro, das Klimatechnik für Autos herstellt, begannen am Dienstag eine unbefristete Protestaktion wegen der Entlassung von 43 Arbeitern. Die Demonstranten errichteten Zelte vor dem Betriebsgebäude und ver-

brannten Autoreifen. Mirgor-Interclima teilte dazu mit, man habe von Seiten der Autofirmen abrupt die Aufträge zurückgezogen.

Ablehnung für Decibe

Mit Trommeln und Protestschreien wurde die Bildungsministerin Susana Decibe bei der Wiedereröffnung der Kongressuniversität in Mendoza empfangen. Wie verlautet, befanden sich unter den Protestlern die Lehrer des Sindicato Unico de Trabajadores del Estado (SUTE, Gewerkschaft der Staatsangestellten) und die Elternkommission, Studenten und Lehrer von Schulen der Universidad Nacional de Cuyo.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Konjunkturwende im dritten Quartal 1998

Dem dieser Tage verbreiteten Wirtschaftsbericht („Informe económico“) des Wirtschaftsministeriums für das dritte Quartal 1998 entnimmt man, dass sich damals eine deutliche Konjunkturwende eingestellt hat. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war kontinuierlich seit dem Ende der Tequila-Rezession vom zweiten Quartal 1995 bis zum ersten Quartal 1996 gestiegen, so dass 1996, wie erinnerlich, mit einem Zuwachs von 4,6% und 1997 mit sogar 8,6% abschlossen. Das erste Quartal 1998 verzeichnete ebenfalls eine kräftige Zunahme des BIP von 7,2%, jeweils bezogen auf das gleiche Vorjahresquartal, die im zweiten Quartal mit plus 7,4% sogar leicht darüber lag. Nach zehn Quartalen Hochkonjunktur folgte der Einbruch: im dritten Quartal vermehrte sich das BIP nur noch 2,9%, ein Wachstum das sich in Industrieländern als normal durchaus sehen lässt, aber in Argentinien mit einem Aufholbedarf nach fünfzigjähriger Inflation und geringem Wachstum zu niedrig erscheint.

Ein Wachstum von 2,9% stellt technisch noch keine Rezession dar, die nach US-Vorstellungen mit einer BIP-Abnahme während mindestens zwei Quartalen eintritt. Indessen muss berücksichtigt werden, dass sich das 2,9prozentige Wachstum im dritten Quartal aus nur 1,6% der Güterproduktion und 5,3% der Dienstleistungen zusammensetzt. Der Konsum verzeichnete einen bescheidenen Zuwachs von 3,8%, wogegen die Investitionen auf 2,2% zurückfielen, wovon die Bauwirtschaft mit nur 0,6%, national erzeugte Maschinen und Kapitalgüter mit 2,5% und ausländische mit 4,6% zu Buche stehen. Die Exporte vermehrten sich um 6,0%, die Importe um 7,5%.

Diese Zusammensetzung des BIP-Wachstums im dritten Quartal weist auf besagten Konjunkturreinbruch hin. Die Güterproduktion und die Investitionen sind deutlich zinsabhängig und reagierten sofort auf Zinsanhebungen, wie sie nach der russischen Zahlungseinstellung eintraten. Dienstleistungen aller Art sind hingegen weniger zinsabhängig, weil sie nicht mit Lagerbeständen belastet sind, die auf Zinsvariationen reagieren.

Das russische Zahlungsdebakel wirkte sich damals wie ein Flächenbrand auf alle Schwellenländer, Englisch genannt „emerging markets“, aus. Die Länderrisikoprämie Argentinien vermehrte sich sprunghaft auf mehr als 1.000 Basispunkte (10%) über den Zinssatz gleichlanger US-Schatzambonds, genannt „treasuries“. Normal waren 400 Basispunkte, die seither nie wieder erreicht wurden, obwohl die Länderrisikoprämie inzwischen auf rund 700 Basispunkte gefallen ist.

Höhere Zinssätze, die von der Länderrisikoprämie bei fallenden Bondkursen an der Börse auf alle Bankzinsen abfärbte, verleitete

die Banken zur Liquiditätspolitik, indem sie Kasse hielten, anstatt Darlehen zu vergeben. Die Folge war unmittelbar eine klassische Lagerhaltungsrezession, die in obigen Zahlen über das BIP-Wachstum im dritten Quartal zum Ausdruck kam. Vereinzelt Gütersparten wiesen bereits Abnahmen im Ausstoss aus, ebenso die Vergabe von Hypothekarkrediten mit sofortiger Auswirkung auf die Bautätigkeit.

Das Konjunkturmodell im dritten Quartal ähnelte dem zweiten Quartal 1995, als die Tequila-Krise ebenfalls Zinsanhebungen und Lagerabbau bewirkte und eine Rezession in die Wege leitete, die vier Quartale dauerte. Seit dem dritten Quartal 1998 sackt die Wirtschaftstätigkeit, zumal die Güterproduktion und die Investitionen, deutlich ab. Das vierte Quartal 1998 dürfte kaum ein Wachstum ausweisen, bestenfalls Null. Im ersten Quartal 1999 wird sogar eine BIP-Abnahme erwartet, die im zweiten Quartal anhalten dürfte, zumal beide Quartale dieses Jahres mit hohen Wachstumsraten im Vorjahr verglichen werden.

Solche zinsbedingte Lagerhaltungsrezessionen pflegen ohne Hochinflation vier Quartale zu dauern, sofern nicht neue Störungen eintreten. Hochinflation geht einher mit Dauerrezession, gepaart mit brutalen Schwankungen aller Wirtschaftsgrössen. Seit etwa zwei Wochen neigen die Zinssätze wieder zur Abnahme, wie es die Zentralbank mit ihren Referenzzinssätzen für die Depositengarantie bezeugt. Gleichzeitig nehmen die Depositen in den Banken weiterhin zu, so dass die Finanzanstalten genötigt werden, ihre Kreditfähigkeit wieder aufzunehmen, gegebenenfalls auch an kleine und mittlere Unternehmen, die von der Kreditsperre stets als risikoträchtigste Kreditkunden zuerst betroffen werden. Die Währungsreserven der Zentralbank sind seit Jahresende saisonal um US\$ 1,5 Mrd. leicht gefallen, halten sich aber bequem über US\$ 24 Mrd.. Niedrigere Zinssätze pflegen Lageraufstockungen zu bewirken und die Konjunktur wieder anzukurbeln.

Sofern in USA und Europa kein Konjunkturreinbruch eintritt und Japan erwartungsgemäss nach einer Rezession mit BIP-Abnahme von 2,6% im Jahr 1998 wieder bescheiden auf Wachstumskurs mit angenommenem Zuwachs von 0,5% steuert, kann sich die argentinische Wirtschaft im zweiten Halbjahr 1999 wieder erholen. Allerdings muss Brasilien inzwischen seine Fiskalkrise meistern und aufhören, Geld zur Umschuldung der kurzfristigen Staatsschulden und des Defizits zu schöpfen, und wieder Vertrauen gewinnen, damit Kredite und Kapital ins Land fließen. Bisher ist Brasilien dieses Kunststück trotz massiver Finanzhilfe des Internationalen Wäh-

rungsfonds nicht gelungen. In einem halben Jahr hat die Zentralbank über US\$ 60 Mrd. an eigenen und geliehenen Reserven eingebüsst, weil Auslandsschulden ohne neue Kredite bezahlt worden sind. Bleibt es bei diesem Kurs, dann blüht Brasilien gelegentlich die Zahlungseinstellung wie in Russland. Das würde sich abermals verheerend auf die argentinische Konjunktur auswirken, weil die Bondskurse fallen, die Länderrisikoprämie ausufert und die Zinsen landesweit zunehmen. Bei einer Normalisierung Brasiliens steht hingegen zu hoffen, dass die Konjunkturwende irgendwann ab Mitte 1999 eintritt. Inzwischen muss man Daumen halten.

Keine Anhebung des Mindestlohns

Präsident Menem hat sich dieser Tage in einer Audienz mit der sogenannten Unternehmergruppe der Acht zum strittigen Thema der Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns zugunsten des Wirtschaftsministers Roque Fernández geäußert, der die Aufbesserung abgelehnt hatte. Arbeitsminister Erman González hatte sich vorher empfänglich für den Vorstoss der Gewerkschaftszentrale CGT gezeigt, die den Mindestlohn um 50% von \$ 200 auf \$ 300 im Monat erhöhen wollte.

Hierfür muss der sogenannte Rat des Mindestlohns einberufen werden, dem paritätisch Vertreter der Arbeitgeber und -nehmer angehören. Da deren Positionen grundsätzlich gegenüberstehen, entscheiden die Regierungsvertreter, das heisst im Klartext Präsident Menem. Normalerweise, wie auch dieses Mal, klaffen die Ansichten der Minister für Wirtschaft und Arbeit auseinander, so dass der Staatschef als letzter Schiedsrichter wirken muss.

In der Sache geht es darum, ob der gesetzliche Mindestlohn von \$ 200 im Monat, der seit 1993 gilt, anzuheben ist oder nicht. Arbeitsminister González setzte sich für die Aufbesserung mit dem Argument ein, dass dadurch zahlreiche Arbeitgeber den Lohnanteil, den sie gegenwärtig schwarz auszahlen, verringern müssten, indem sie die Sozialbeiträge auf \$ 300 anstatt bisher \$ 200 bezahlen. Als 1993 der Mindestlohn auf besagte \$ 200 angehoben wurde, wurde eine Zunahme der Sozialbeiträge verzeichnet, so dass bei \$ 300 Mindestlohn gleiches erwartet werden könne.

Für höhere Sozialbeiträge müssten sich sowohl der Wirtschafts- als auch der Arbeitsminister interessieren. Der Wirtschaftsminister, weil dadurch sein Defizit im Schatzamt entsprechend abnähme, muss dieses doch für die Fehlbeiträge der

Sozialstelle Anses gutstehen, die die Sozialbeiträge den betreffenden Kassen für Renten, Arbeitslose, Gesundheit, Arbeitshilfen und Familienzulagen gutschreibt. Und der Arbeitsminister, weil auch nebenbei die Kassen der Gewerkschaften gespeist werden, die sich deshalb für eine Anhebung des Mindestlohns einsetzen.

Ginge es nur um die Sozialbeiträge, so wären die Wirtschaftskosten einer 50prozentigen Anhebung des Mindestlohns sicherlich vertretbar, insofern sie den Anteil der schwarz ausbezahlten Löhne verringert. Indessen wirkt sich eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns in mehreren Tarifverträgen auf die gesamte Lohnskala aus, die prozentual von unten nach oben angehoben werden würde. In solchen Fällen würde ein höherer Mindestlohn die Lohnkosten empfindlich anheben und ein inflationäres Signal für alle Branchen ausgeben. Der gesetzliche Mindestlohn beträgt sicherlich weniger als ein Drittel des durchschnittlichen Industrielohns und viel weniger als die Spitzenlöhne, je nach Branchen. Deshalb wird er von unachtsamen Beobachtern als unrealistisch eingestuft, gleich ob \$ 200 oder \$ 300 im Monat anfallen, wenn die Arbeitgeber viel mehr bezahlen. Anders ist es jedoch bei der Auswirkung auf die gesamte Lohnskala, in welchem Fall die Lohnzunahme massiv wie in Zeiten der Hochinflation ausfiele.

Mit diesem unterschweligen Argument weigerte sich Wirtschaftsminister Fernández, die 50prozentige Anhebung des Mindestlohns zu genehmigen. Das führe nur zu einer Verteuerung der Arbeitskosten und zu mehr Arbeitslosigkeit, die zu senken sei. Die Unternehmer klagten ihrerseits, dass teurere Arbeitskosten gerade mitten in der von Brasilien mit der brutalen Abwertung des Real bewirk-

ten Konkurrenzgefahr völlig abwegig seien.

Offenbar hat Präsident Menem die Krisenzeichen richtig erkannt und die Aufbesserung des Mindestlohns abgelehnt. Früher, als die Hochinflation wütete, konnten die Zusammen-

hänge nicht richtig erfasst werden. In der obwaltenden Stabilität des Geldwertes werden die Folgen massiver Lohnzunahmen entsprechend gewertet und liegen auf der Hand. Die richtige Entscheidung drängt sich dann auf.

Edesur im Kreuzfeuer

Der unglückliche Brand in der Verbindungsstelle Azopardo der Stromverteilungsgesellschaft Edesur am 15. Februar hat zehntausende von Stromverbrauchern zehn Tage lang im Dunkeln gelassen. Der Unfall konnte nicht gleich repariert werden, was auf Unachtsamkeit der Firma bei den Materialkontrollen hinweist, sondern wurde nur sukzessive in Ordnung gebracht. Unterdessen litten die Verbraucher bei gleichzeitiger Hitze und Schwüle unter dem Stromausfall ohne Licht, Eis-schränke, Fernsehern, Radioapparaten und allerlei anderen Hausgeräten, die mit Strom gespeist werden. Zahlreiche Kaufleute und Kleinindustrielle mussten Umsatzverluste sowie sonstigen Schaden hinnehmen.

Edesur teilte in einer bezahlten Anzeige mit, dass der Unfall auf defekte Kabel beruhte. Die Verbindungsstelle Azopardo war seinerzeit für US\$ 45 Mio. an die französische Firma Alstom schlüsselfertig in Auftrag gegeben worden, die wiederum die Niederlassung der italienischen Firma Pirelli als Unterlieferantin der Kabel verpflichtete. Beide Lieferanten genossen Weltruf. Offenbar fehlte es dabei an Sorgfaltspflicht bei der Kontrolle der Kabel. Sonst wäre es nicht zu einem so schweren und langwierigen Schaden gekommen. Pirelli lehnte jegliche Verantwortung in einer bezahlten Anzeige ab. Sicherlich wird es hierbei zu Prozessen kommen.

Die langzeitige Erinnerung an frühere Stromausfälle, als die Stromwirtschaft nahezu ausschliesslich von Staatsunternehmen betreut wurde, lebte dieser Tage in der Öffentlichkeit wieder auf. Die Medien ergingen sich in Kritik und Protest. Die Nachbarn der Viertel Balvanera, Once, San Telmo und Congreso verursachten Verkehrshemmnisse, als sie auf offener Strasse ihren Protest kundtaten. Politiker, Beamte und Presseleute erschöpften alle Alternativen, um solche Schadensfälle künftig zu

verhüten und zumal Edesur zu bestrafen. Die Firma wurde als der Bösewicht eines öffentlichen Gerichts hingestellt. Sie hatte mehrmals versprochen, den Dienst wieder zu normalisieren, was dann nur gegen Ende der Berichtswoche geschah. Offenbar war sie bei der Reparatur des Unfalls überfordert. Nach sechsjähriger Konzession war ihr bisher niemals ein solcher Schaden passiert.

Nachdem alle Verbraucher wieder an die Leitungen angeschlossen worden sind, verbleiben die Bussen und Entschädigungen zu Lasten von Edesur. Die Aufsichtsbehörde ENRE prüft den Konzessionsvertrag, nachdem sie saftige Bussen verhängt hat. Edesur beanstandet die Bussen von mindestens US\$ 60 Mio. als zu hoch und unangemessen, ebenso die Entschädigungen an die Verbraucher, so dass sicherlich ein langwieriger Prozess blüht, sofern nicht vorher eine gütliche Einigung erzielt wird.

In den Medien und im Kongress wurde die Möglichkeit erwogen, dass die Regierung Edesur die Konzession entzieht und eine andere Privatfirma einschaltet. Sie kann das vollziehen, indem sie Garantieaktien exekutiert, vom Erlös die Bussen und Entschädigungen abzieht und den Rest den Edesurpartnern auszahlt. Diese Prozedur erscheint übertrieben in Hinblick auf einen Unfall im Vergleich zu sechsjährigen ordentlichen Dienstleistungen nach US\$ 800 Mio. Investitionen und hunderttausenden neuer Kunden. Ausserdem würde das einen Entschädigungsprozess in die Wege leiten, der gegebenenfalls dem Schatzamt teuer zu stehen käme.

Allerdings kann Edesur sich selber nach anderen Partnern umsehen, die Gewähr bieten, dass künftig bessere Materialkontrollen und eine sorgfältigere Betreuung des Dienstes eingeschaltet werden. An Edesur sind chilenische, spanische und

argentinische Firmen beteiligt, wobei zufälligerweise der Versuch der spanischen Endesa in Santiago, Chile, gegen Ende des Unfalls scheiterte, die Statuten der chilenischen Enersis, an der Endesa beteiligt ist, mit 75% der Stimmen zu ändern. Immerhin wurden 73,8% der Stimmen erreicht. Endesa konnte daraufhin nicht die Kontrolle übernehmen. Dieser spanische Konzern ist zudem an Edenor beteiligt, allerdings ohne die Geschäftsführung. Der argentinische Konzern Pérez Companc ist ebenfalls passiver Partner von Edesur. In Regierungskreisen wurde mit der Geschäftsführung von Edesur durch Pérez Companc geliebäugelt.

Die Aktien von Edesur an der argentinischen Börse wurden vom Handel ausgesetzt, der frei-

lich nur marginal gewesen war. Die Ratingagentur Standard & Poor's senkte die Benotung der Schuldscheine von Edesur. Die Bussen und Entschädigungen werden die Bilanz von Edesur sicherlich bei Gelegenheit schmälern. Im Kalenderjahr 1998 setzte Edesur \$ 864,1 Mio. um und schloss mit einem Gewinn nach Steuern von \$ 93,1 Mio. ab, der je nach dem Ausgang der Prozesse ganz von den Bussen und Entschädigungen aufgeessen werden dürfte. Die Firma ist mit einer Bilanzsumme von \$ 1,45 Mrd. und einem Nettovermögen von \$ 1,08 Mrd. solide, nachdem sie den Personalbestand fühlbar abgebaut und hunderttausende neuer Kunden eingeschaltet hat, die ihre Rechnungen entgegen den früheren illegalen Anhängern bezahlen.

Positives Ergebnis der privaten Zollkontrolle

Das Exekutivkomitee des Programmes der privaten Kontrolle der Verschiffungen für den Import („control de preembarque“), unter der Leitung des cordobeser Finanzwissenschaftlers Ernesto Reszk, das direkt vom Wirtschaftsministerium abhängt (und nicht vom Amt für öffentliche Einnahmen AFIP), hat eine Berechnung über das finanzielle Ergebnis des Systems aufgestellt, nach der es im Jahr 1998 zu Mehreinnahmen an Zöllen und Steuern von US\$ 275 Mio. geführt hat, und seit Bestehen des Systems, also ab 1. Dezember 1997, von US\$ 319,01 Mio. Allein im Dezember betrug die Differenz US\$ 43,85 Mio. Von den US\$ 275,16 Mio. entfallen US\$ 97,70 Mio. auf Zölle und statistische Gebühr, US\$ 161,86 Mio. auf die einbehaltende MWSt. und Gewinnsteuer und US\$ 15,60 Mio. auf interne Steuern. Wenn man nun berücksichtigt, dass das System um die US\$ 50 Mio. im ganzen Jahr 1998 gekostet hat, ergibt sich ein hoher Nettogewinn für das Schatzamt.

Die Berechnungsmethode ist jedoch nicht ganz einwandfrei, weil hier einfach die im einen und im anderen Jahr vollzogenen Importe der kontrollierten Waren genommen werden, wobei diese jedoch zu- oder abnehmen können. Dass bei Zunahme die Einnahmen steigen, hat somit nichts mit der privaten Kontrolle zu tun. Im Jahr 1998 wurden Waren

der kontrollierten Gruppen für US\$ 6,55 Mrd. importiert, gegen US\$ 6,10 Mrd. im Vorjahr. Angeblich entfällt der grösste Teil der Zunahme auf höhere Importwerte, dank der privaten Kontrolle. Der durchschnittlich berechnete Zollsatz betrug 1998 13,17%, gegen 12,55% im Vorjahr. Dieser Durchschnitt deutet darauf hin, dass viele der kontrollierten Waren zu niedrigeren Zollsätzen eingeführt werden.

Um die wirkliche Wirksamkeit dieser Kontrolle zu ermitteln, müsste man bei einzelnen Warengruppen die angegebenen Werte vergleichen. In vielen Fällen sind die Differenzen sehr hoch, wobei sie eine steigende Tendenz aufweisen, weil die Kontrollfirmen zu niedrige Werte aufdecken, so dass die Importeure dann bei neuen Importen höhere Werte angeben. Es ist für die sechs Firmen, die die direkte Kontrolle durchführen (von denen der Importeur jeweils eine wählt) und für das Unternehmen, das mit der Überwachung der sechs Firmen betraut wurde, relativ schwierig, den Beweis für eine Unterfakturierung zu liefern. Denn nach den internationalen Zollnormen gilt der Fakturawert, wobei das Zollamt des Importlandes den Beweis der Unrichtigkeit erbringen muss. Da die Preise schwanken, oft Überschüsse oder Restbestände billiger geliefert werden, und dann auch hohe qualitätsbedingte

Preisunterschiede bestehen, hat diese Thematik eine immanente Komplikation. Die praktische Lösung besteht daher in einer Steuerkontrolle: denn wenn jemand unterfakturiert, dann muss er schwarz verkaufen. Sonst zahlt er an Gewinnsteuer mehr, als er an Zoll spart. Das wird jetzt auch systematisch getan; aber das Steueramt hat dabei nicht die erwartete Effektivität, sei es weil die Inspektoren anderweitig beschäftigt sind, sei es, weil sie sich bestechen lassen. Die obere Aufsichtsfirma hat einige sehr grobe Fälle festgestellt, mit Unterfakturierungen von 90% und mehr (also einem Preis, der unter 10% des wirklichen entspricht), und dann erfahren, dass nach der Inspektion des Steueramtes nichts geschehen ist. Es war eben sehr viel Geld im Spiel, so dass auch die Bestechungsmöglichkeit bedeutend war. Für dieses Problem hat AFIP-Direktor Carlos Silvani noch keine Lösung gefunden.

Bei der privaten Zollkontrolle handelt es sich jedoch nicht nur um ein Problem der Fiskaleinnahmen, sondern es geht in der Hauptsache darum, den unlauteren Wettbewerb gegenüber der lokalen Industrie und den korrekten Importeuren abzuschaffen. Wenn allgemein korrekte Werte angegeben würden, dann würde auch weniger importiert, was die Handelsbilanz erleichtern würde. Denn viele Produkte können nur im Inland abgesetzt werden, weil sie nicht durch den vollen Zollsatz, die MWSt. und die Gewinnsteuer belastet werden.

Eine Reihe von Verbänden fordern schon seit geraumer Zeit, dass die Produkte, die ihre Mitglieder erzeugen oder importieren, auch dieser privaten Kontrolle unterstellt werden. Diese Erweiterung steht unmittelbar bevor, nachdem schon ab 1. Oktober 1998 der Mindestbetrag, unter dem die private Kontrolle

nicht gilt, von US\$ 3.000 auf US\$ 800 verringert wurde. Das hat sofort eine positive Wirkung gehabt.

Wirtschaftsminister Roque Fernández ist von der Notwendigkeit der Erweiterung der Zollpositionen, die der privaten Kontrolle unterstellt sind, voll überzeugt. Angeblich soll die Zahl der Positionen unmittelbar von etwa 600 auf 1.820 erhöht werden. Aber das Problem, das er bisher nicht lösen konnte, besteht darin, dass die Partie, die im Haushaltsgesetz für diese Kontrolle vorgesehen ist, knapp für die bestehende Arbeit ausreicht. Im Budgetprojekt war ein Artikel eingefügt worden, der eine Gebühr auf Importe schuf, um diesen Kontrolldienst zu zahlen, so dass die Importeure die Kontrolle gezahlt hätten und diese bei Erweiterung der Zollpositionen automatisch finanziert würde. Das wurde jedoch im Kongress gestrichen.

Jetzt hat das Wirtschaftsministerium ein Gesetzesprojekt ausgearbeitet, in dem diese Gebühr eingeführt wird, das angeblich schon im Kongress eingebracht worden ist, oder dies unmittelbar geschehen soll. Nachdem sich die Abgeordneten und Senatoren jetzt Sorgen um eine eventuell bevorstehende Importflut machen, und der unlautere Import sich krisenverschärfend auswirkt, ist es wahrscheinlich, dass sie diesem Projekt zustimmen, und zwar bald. Es ist schade, dass der Wirtschaftsminister die Gelegenheit nicht beim Schopf gepackt hat, und auch die Rückzahlung der MWSt. und die Auszahlung der Rückvergütung an Exporteure einer privaten Kontrolle unterworfen hat, die ähnlich finanziert werden könnte, nämlich von den Exporteuren. Denn es wird hier kräftig gemogelt, indem die Rückgabe von Beträgen der MWSt. gefordert wird, die nicht gezahlt worden ist.

Das neue Forum für Finanzmarktstabilität

Auf dem Wintertreffen der Finanzminister und Notenbankpräsidenten der sieben grössten Industrienationen (G-7) auf dem Petersberg im Bonner Vorort Königswinter am vergangenen Wochenende wurde auf Anregung des deutschen Zentralbankpräsidenten Dr. Hans Tietmeyer ein neues Forum für Finanzmarktstabilität ins Leben gerufen. Tietmeyer war von den Ministern

beauftragt worden, Empfehlungen über eine bessere Transparenz der Finanzmärkte vorzutragen. Den Anlass hierfür hatten die ostasiatischen Finanzkrisen des Vorjahres gegeben, wo trotz Fiskalausgleich und reger Wirtschaftstätigkeit die Aufsicht der Banken zu wünschen übrig gelassen hatte, so dass es zu Bankenkonzernen und in der Folge zu Abwertungen mit Kapital-

flucht kam. Tietmeyer regte die Bildung eines Forums an, dem der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die OECD, Ad-hoc-Gremien der Notenbanken, die internationale Vereinigung der Wertpapieraufseher (IOSCO) und der Versicherungsaufsicht (IAIS) sowie der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel angehören, deren Generalsekretär, der Engländer Andrew Crocket, die nächsten drei Jahre die Arbeit koordinieren wird. Ausserdem sollen Vertreter von Schwellenländern eingeladen werden. Für Argentinien ist Schatzsekretär Pablo Guidotti aufgeboden worden.

Das Forum wird zwei Mal im Jahr tagen und sich um erhöhte Transparenz, scharfe Überwachung und gegebenenfalls ein kohärentes und angemessenes Handeln kümmern, wie es Tietmeyer formulierte. Das Forum werde zwar Krisen nicht verhindern, aber doch einen Beitrag leisten, um die Finanzmärkte dauerhaft funktionsfähig zu gestalten. Insgesamt sollen etwa 35 Fachleute dabei sein, deren Empfehlungen allenfalls von den internationalen Organisationen und Überwachungsstellen ausgeführt werden sollen, die zumal den nationalen Aufsehern von Banken und Versicherungsanstalten auf die Finger schauen sollen.

Die gewaltigen Abwertungen in Ostasien, Osteuropa und Lateinamerika, siehe zuletzt Brasilien, seit 1997 bewirken stets eine Schwächung der Banken, deren Kunden die zusätzlichen Kosten für Auslandsdarlehen nicht aufbringen, so dass die Kredite notleidend werden und manchen

Banken das Genick brechen. Insofern geht die Stabilität der Währungen Hand in Hand mit soliden Staatsfinanzen und transparentem Bankengebären. Für Währungsstabilität und Fiskaldisziplin sorgen der IWF und andere internationale Anstalten. Die Bankenaufsicht soll das Forum künftig prüfen, um zu verhindern, dass notleidende Kredite die Kapitalkraft der Banken aushöhlt. Das ist in Ostasien, Russland und Mexiko passiert und wird sich demnächst in Brasilien einstellen, wo die Bank Schuldner jetzt schon nicht wissen, wie sie ihre Auslandsschulden nach der etwa 70prozentigen Abwertung bedienen sollen.

Gelegentlich werden die Banken in all den Abwertungsländern neu organisiert und mit frischem Kapital ausgestattet werden müssen. Erst nachher werden die neuen Transparenzregeln für solche Banken wirksam sein. Argentinien hat diesen Sanierungsprozess glücklicherweise weitgehend hinter sich, so dass sein Sprecher Pablo Guidotti aus eigener Erfahrung berichten kann, wie man Banken saniert und die Aufsicht verbessert, während gleichzeitig für Stabilität mit Wachstum gesorgt wird. Leider kann man Gleiches nicht von der Fiskaldisziplin behaupten, die mit einer Neuverschuldung der öffentlichen Hand (Nation, Gliedstaaten, Gemeinden und andere Staatsstellen) von rund \$ 10 Mrd. im Jahr 1998 (das Kassendefizit des Schatzamtes nimmt sich mit rund \$ 4,0 Mrd. dabei bescheiden aus) die Staatsschulden anhebt und für die Volatilität der Zinsen sorgt.

standsvorsitzender der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG, Dr. Dietmar Düdden, Aufsichtsratsvorsitzender der Hamburger Entwicklungsgesellschaft, Christian A. Engelken, Vorstandsvorsitzender der Raspe & Paschen AG, Thomas Hoyer, Geschäftsführer der Hoyer GmbH, Hans-Jürgen John, Geschäftsführer der Meyer & John GmbH & Co., Dr. Johann Killiger, Geschäftsführer der Gerd Buss AG & Co., Rolf Kirchfeld, Vorstandsmitglied der Vereins- und Westbank AG, Dipl.-Ing. Gunter Klatt, Geschäftsführer der HPC Hamburg Port Consulting GmbH, Prof. Dr.-Ing. Eike Lehmann, Geschäftsführer des germanischen Lloyd, Dr. Werner Marnette, Vorstandsvorsitzender der Norddeutschen Affinerie AG, Ulrich Martensen, Lateinamerika-Direktor der Hamburger Landesbank, Dr. Franz-Christian Niehusen, Verkaufsdirektor der Eurokai Container Terminal KGaA, Corinna Nienstedt, stellvertretende Direktorin der Hamburger Handelskammer, Hans Ohlhaber, Geschäftsführer der REWICO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Uwe Ram, Direktor für Aussenhandel des Wirtschaftsministeriums der Stadt Hamburg, Günther van Ravenzway, Geschäftsführer der Veit Mahlmann & Partner Design, Günter Schnell, Direktor der Vereins- und Westbank, Holger F. Sommer, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank Lateinamerika AG, Walter Stork, Vorstandsvorsitzender der NAVIS-Schiffahrts- und Speditionen AG, Klaus Theseinitz, Vorsitzender der LINTEC GmbH & Co. KG, Bernd Tiedemann, Geschäftsführer der GHS Hamburger Hafens und Frank K. Westermann, Geschäftsführer des Ibero-America Vereins.

Geringeres Schatzamtdefizit mit Mogelei

Das Schatzamt hat den Finanzausweis für Januar für die nationale Verwaltung, die früheren Provinzkassen sowie Staatsstellen und -unternehmen veröffentlicht. Die Bilanz schliesst mit einem Defizit von \$ 293,0 Mio. gegen \$ 692,5 Mio. im Januar 1998 ab.

Laufende Einnahmen und Ausgaben werden mit je \$ 5,0 Mrd. angegeben. Die Kapitaleinnahmen betragen \$ 1,49 Mrd., dank dem Erlös aus YPF-Aktien, bei Kapitalausgaben von \$ 325,9 Mio. Die Nationalverwaltung schloss mit einem Defizit von \$ 684,5 Mio. gegen \$ 563,5 Mio. im Januar 1998 ab. Mit den früheren Provinzkassen steigt der Fehlbetrag auf \$ 822,2 Mio., der dank einer buchhalterischen Mogelei auf besagte \$ 293,0 Mio. absackte.

Der Trick bestand darin, dass vom Erlös der YPF-Aktien für \$ 2,01 Mrd. nur \$ 1,47 Mrd. (14,99% des Aktienkapitals zu \$ 29 je Aktie) als Privatisierungseinnahme verbucht wurden. Die Käuferin Repsol zahlte jedoch \$ 38 je Aktie. Die Differenz von \$ 531,8 Mio. wurde als „nicht steuermässige Einnahmen“ verbucht anstatt als Privatisierungserlös, der das Defizit nicht schmälert, sondern als Kapitaleinnahme zwecks geringerer Neuverschuldung gilt.

Die gleiche buchhalterische Mogelei hätte das Schatzamt bei jeder Privatisierung einschalten können, deren Preis über dem Grundpreis der Ausschreibung gelegen hätte. Dadurch hätte das Defizit im entsprechenden Monat verringert werden können. Das wurde jedoch seinerzeit unterlassen. Der buchhalterische Trick erlaubt dem Schatzamt, die Aufträge über das Defizit zu erfüllen, die mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart worden sind.

Hamburger Wirtschaftsdelegation in Buenos Aires

Vom 24. bis 26. Februar hielt sich eine Hamburger Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Wirtschaftsensors der Stadt Hamburg, Dr. Thomas Mirow, in Buenos Aires auf und unterhielt Kontakte mit Regierungsvertretern sowie der Regierung der Provinz Buenos Aires. Die Delegation wurde in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland mit einem Mittagessen empfangen, zu dem sich der Produktionsminister der Provinzregierung von Buenos Aires, Dr. Carlos Brown, und der Industrieseekretär der Stadtregierung, Ing. Santiago Kovadlov, sowie deutsch-argentinische Unternehmer einfanden.

Der Delegation gehörten an Dr. Hans-Rüdiger Asche von der Industrie- und Handelskammer Lübeck, Klaus Bääter, Eigner der ETH-Umwelttechnik GmbH, Dr. Hans-Ludwig Beth, PR-Manager des Hamburger Hafens, Dr. Klaus Bodemer, Direktor des Institutes für Latinoamerikanische Studien, Dr. Jan Curschmann, Rechtsanwalt der Kanzlei Wessing & Berenberg-Gossler, Peter Dietrich, Vor-

Land wird billiger

Einem Artikel der Zeitung Clarín zufolge sind die Preise für Acker- und Weideland 1998 um 15% bis 30% zurückgegangen. Noch Ende 1997 wurde die Nachricht verbreitet, dass Argentinien reichster Mann, Gregorio Pérez Compagnon, durch die von seiner Gruppe kontrollierten Pecom Agropecuaria und Goyaika, mit wenigen Monaten Zeitabstand, zwei Landgüter in Salto, im Norden der Provinz Buenos Aires, zum Rekordpreis von US\$ 7.300 pro ha erworben hat.

Noch vor zwei Jahren nahmen die Landpreise ständig zu. Von 1996 bis 1998 betrug diese Zunahme rund 100%, ausgelöst durch neue Landwirtschaftstechniken und vielversprechende Ernten. Alleine der durch die Asienkrise ausgelöste Zusammenbruch der Commoditypreise wirkte sich auf die Landwirtschaft als Geschäft und damit auf die Bewertung der Ländereien aus. Jedoch nicht in dem gleichen Ausmass. Während die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse gegenüber 1996 um bis 50% zurückgingen (Lebendvieh von \$ 1,30 auf \$ 0,80, Getreide auf die Hälfte), fielen jene der Ländereien um 15% bis 30%.

Randglossen

Die Geschichte wiederholt sich unentwegt. Der Satz der Landespolitik, nach dem die politischen Termine dazu da sind, nicht eingehalten zu werden, hat sich abermals bewährt. Der Parteivorstand der Justizialisten hat den Termin für die Internwahlen vom 11. April ausgesetzt. Die Gouverneure und andere Parteigrößen hatten diesen Wahltag unlängst ratifiziert, den sie selber mit Präsident Menem schon vor Jahresfrist bestimmt hatten. Der nächste Termin soll Anfang März festgesetzt werden. Duhalde setzt auf Mai, Menem auf Juni oder Juli, so dass in der Zwischenzeit mehrere neue Wahltage blühen, die folgerichtig nicht eingehalten werden. Alles wie gehabt.

Vor der Entscheidung über den Wahltag hatten sich die beiden Spitzenkandidaten der Justizialisten, Gouverneur Duhalde und Senator Ortega, darauf geeinigt, zusammen eine Präsidentschaftsformel zu bilden, nachdem die Internwahlen bestimmen, wer als Präsidentschaftskandidat die meisten Stimmen ergattert, so dass der Verlierer als Anwärter auf die Vizepräsidentschaft die Formel abschliesst. Drei Mal darf man raten, wie die Formel aussehen wird, nachdem Duhalde in allen Umfragen weit vorne liegt. Unterschied stellt sich der Gouverneur von San Luis, Rodríguez Saá, ebenfalls als Kandidat vor, während Senator Reutemann schweigt und der Dinge harrt, die da kommen sollen. Alle schauen wie gebannt auf Menem, dessen Mitarbeiter die Wiederwahl pausenlos vorantreiben, als ob das Verfassungsverbot nicht existierte.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinsen der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 6% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 6%.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 2,5% auf 374,79, der Burcapindex um 1,2% auf 728,66 und der Börsenindex um 2,0% auf 16.069,28

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 0,4% auf \$ 0,7260.

Die Staatliche Kommission zur Verteidigung des Wettbewerbes ermittelt über mutmassliche Abkommen zwischen den Kabelfernsehunternehmen Multicanal, CableVisión und VCC (bereits von der Konkurrenz übernommen) und den Vertriebsunternehmen Tele Red Imagen (Trisa) und Televisión Satelital Codificada (TSC) über Mindestpreise und Geschäftsbedingungen für die Übertragung von Fussballspielen des AFA-Verbandes. Trisa, TSC produzieren und vertreiben mit der Clarín-Gruppe und TyC (Torneos y Competencias) Sportprogramme für das Fernsehen. TyC gehört zu 40% TCI, der 2. grössten Betreiberin von Kabelfernsehen in den USA, zu 20% TISA (Telefónica Internacional SA) zu 20%, CEI (Citicorp Equity Investment) und zu 20% Carlos Avila. TCI ist auch mit 28% an CableVisión beteiligt und hält 100% der Productora Pramer (vormals Multimédios América). Die Unternehmen haben 14 Tage Zeit, um zu den Ergebnissen der Ermittlungen Stellung zu nehmen.

Nach den Suspensionen bei GM, Renault und Iveco hat Fiat ihr Werk in Ferreyra für 14 Tage bis zum 13.3. stillgelegt. Die 2.500 Mitarbeiter erhalten 75% ihrer Bezüge.

Das Erdölunternehmen Petrolera San Jorge, YPF-Partner bei der Erschliessung von Vorkommen in Patagonien, ist nahe General Roca fündig geworden. Die Bohrung liefert 485 cbm pro Tag, womit San Jorge 2. grösste Produzent in diesem Gebiet ist. Das Ergebnis der Bohrung entspricht 10% der 1.300 Erdölquellen in der Provinz Rio Negro, die vorwiegend 10 bis 50 cbm/Tag liefern.

Das Studienzentrum für die Produktion des Staatssekretariates für Industrie, Handel und Bergbau hat eine Umfrage bei 40 der wichtigsten Unternehmen der Industrie, Erdöl, Bergbau, Handel und privatisierter öffentlichen Dienste durchgeführt. Drei Viertel der Unternehmen haben ihre Investitionsprogramme für 1999 beibehalten (55%) oder sogar erhöht (20%). Diese Unternehmen führen 80% der gesamten kontrollierten Investitionen durch. Nur 25% der Unternehmen mussten ihre Investitionspläne zurückschrauben, was sich auf 20% der kontrollierten Investitionen bezieht. Der Hauptrückgang wird bei Erdöl, Bergbau und Kfz verzeichnet. Die Investitionen wurden somit gesamthaft relativ wenig von der Krise betroffen.

Durch die Beschlüsse 193,194 und 195/99 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 22.2.99) wurden die Haushalte für 3 Staatsbetriebe genehmigt, die sich seit Jahren in Liquidierung befinden. Es sind Agua y Energía

Eléctrica mit \$ 1,84 Mio., ENTel mit 1,34 Mio. und Elma mit \$ 5,18 Mio. Die Liquidierung von Staatsunternehmen belastet das Budget normalerweise durch viele Jahre, weil bürokratisch vorgegangen wird, statt einfach einen Schlussstrich zu setzen und die Prozesse die noch laufen auf das Wirtschaftsministerium zu übertragen.

Der argentinische Hüttenverband hat die Zahlen über die Januarproduktion in 1.000 t veröffentlicht. Roheisen 205,1 (gegenüber dem Vormonat -17%, dem gleichen Vorjahresmonat -29,9%) davon Gusseisen 172,0 (-10%, -8,1%) und Schwammeisen (-40,8%, -68,6%), Rohstahl 253,2 (-12,6%, -22,6%), Warmwalzprodukte 229,5 (-24,8%, -27,5%), davon Profile und nahtlose Rohre 45,6 (-65,9, -60,7) und Bleche und Bänder, einschliesslich jener für anschliessendes Kaltwalzen 184,0 (+7,2, -8,3), Kaltwalzprodukte ausschliesslich der warm vorgewalzten 123,7 (+10,9, +13,8).

SanCor unterzeichnet mit dem dänischen Molkereunternehmen MD Foods einen Absichtsbrief, um mit US\$ 40 Mio. Investition ein Werk für Milchprodukte wie Proteine, Molke, Buttermilch usw. zu errichten. SanCor ist das 2. grösste Molkereunternehmen des Landes (seine Milchproduktion von 5 Mio. l pro Tag steht an 1. Stelle) und wird von 4.000 in 90 Genossenschaften zusammengeschlusenen Milchproduzenten gebildet. MD Foods ist ebenfalls genossenschaftlichen Ursprungs und das 4. grösste Molkereunternehmen Europas.

Milkaut hat in ihrem Stammstz in Franck, Santa Fe, ihre Fabrik für konzentrierte Milchproteine in Betrieb genommen. Ähnliche Fabriken gibt es nur in Ungarn und Neuseeland. Die Ausstattung des Werkes stammt aus Dänemark und Ungarn. Es kann 3.000 Jato Konzentrat liefern und verarbeitet bei Vollbetrieb 300.000 l Milch pro Tag. Das Konzentrat findet in der Nahrungsmittelindustrie Anwendung, wo Qualität und Geschmack von Eiscrème, Yoghurt, Nachspeisen, Schokoladen, Backwaren und Konfitüren verbessert werden.

Das Transportsekretariat wird am 5. März im Vorort Moreno in einer öffentlichen Anhörung Vertreter der Vereinigungen von Benutzern der Eisenbahnen über Dienstleistungsverbesserungen bei Fahrpreiserhöhungen befragen. Ein Gericht hatte dem Transportsekretariat verboten, die bereits getätigten Abkommen zu unterschreiben, da die Verbraucher nicht befragt wurden. Es geht um Investitionen von US\$ 3,2 Mrd.

Das Dekret Nr. 108/99 (Amts-

blatt vom 24.2.99) bestimmt, dass angesichts der WTO-Auflagen die Statistikgebühren für Einfuhren von ausserhalb des Mercosur auf die versteuerbaren Bewertungen wie folgt erhoben werden: Bis US\$ 10.000 US\$ 50, US\$ 10.000 bis 20.000 US\$ 100, US\$ 20.001 bis 30.000 US\$ 200, US\$ 30.001 bis 50.000 US\$ 300, US\$ 50.001 bis 100.000 US\$ 400, mehr als US\$ 100.001 US\$ 500.

Für die Konzession auf 30 Jahre des Wasserwerkes der Provinz Buenos Aires haben 9 Unternehmergruppen die Lastenhefte erworben. Es sind Lyonnaise des Eaux (Agua Argentinas), Enersis (Edesur), der Genossenschaftsverband der Provinz Buenos Aires Abepa, AES (USA), Aguas de Bilbao mit Sideco Americana (Macri), Enron (USA), Techint mit Biwater (Grossbrit.), Boland y Cía. (Arg.) und Iberdrola (Spanien). Am 10.3. sollen die Umschläge für die technischen und am 24.4. für die kaufmännischen Angebote geöffnet werden. Für die Ausschreibung wurde das Provinzgebiet in 3 Gebiete mit 4 Teilgebieten eingeteilt, die als Einheit betrachtet werden.

Die ZB hat die Referenzzinssätze (Höchstsätze bis zu denen Bankeinlagen Depositenschutz geniessen) wieder geändert. Für Einlagen auf 30 bis 59 Tage in Pesos von 10,5% auf 9,5% und in Dollar von 9% auf 8,25%. Für Einlagen auf 60 und mehr Tage in Pesos von 11,50% auf 11%. Für die Dollareinlagen bleibt der Satz von 8,75% unverändert. Kontokorrentsaldi in Pesos und Dollar verbleiben mit 2%, Spareinlagen in Pesos mit 5% und in Dollar mit 4,5%.

Das Steueramt DGI hat in den ersten Juwelierläden der Stadt geprüft, ob die Rechnungen ordnungsgemäss ausgestellt werden und die Käufer teurer Juwelen erfasst. Unter den 18 besuchten Geschäften befanden sich Paul Richard, Vivian Cavanagh, Claudia Pistarini, Homero, Benvenuto Cellini, Santarelli, Ricciardi und H. Stern. Die Ergebnisse sollen mit Vermögenserklärungen gekreuzt werden.

San Telmo Resources, das US-Bergbauunternehmen das Konzessionsverträge für die Erschliessung von 25.000 ha rund um das Macizo del Deseado, in der Provinz Santa Cruz, erworben hat, konnte vielversprechende Ergebnisse mitteilen. Die analysierten Gesteinproben weisen auf bedeutende Goldvorkommen mit einem teilweise sehr hohen Edelmetallgehalt hin, ferner auf Manganerze und Silizium.

Standard & Poor's hat die Benotung der Verschuldung von YPF SA von US\$ 225 Mio. auf 10

Jahre zu 9,125% auf -BBB herabgesetzt. Ursache sei die Umstrukturierung der mittelfristigen YPF-Schulden von US\$ 1 Mrd., deren Betonung ebenfalls auf -BBB verringert wurde.

Elf Jahre nach der Einfuhr von Geflügelfleisch aus Ungarn, die der damalige Handelssekretär Ricardo Mazzorín verfügt hatte, entlastete der Oberste Gerichtshof den Staat von der Entschädigung, die das Kühlhaus La Avícola gerichtlich angestrengt hatte. In erster und zweiter Instanz hatte die Justiz den Anspruch auf den für die Ware bezahlten Preis und die Rückerstattung der Gefrierkosten anerkannt. Das Kühlhaus hatte auf Vertragsbruch geklagt und behauptet, dass nur ein Drittel der Vertragsware ausgeliefert worden sei. Der Oberste Gerichtshof lehnte das Argument des Kühlhauses ab, dass es nicht gewusst habe, wann das Geflügel geschlachtet worden sei. Das Urteil wurde mit fünf gegen zwei Stimmen gefällt. Mazzorín war vor vier Jahren freigesprochen worden.

Die Sanierung der grössten Pepsi-Vertrieberin ausserhalb der USA, Baesa S.A., ist mit der Kapitalisierung der Bankschulden perfekt geworden. Citibank übernahm 33%, BankBoston und Vereinsbank je 15% sowie PepsiCola 3% des Aktienkapitals. Die Schulden von US\$ 733 Mio. konnten auf US\$ 150 Mio., davon US\$ 113 Mio. Obligationen, verringert werden, so dass ein Nettovermögen von US\$ 170 Mio. verbleibt. Die Nationale Wertschriftenkommission hat die Zulassung der Baesa-Aktien an der Börse genehmigt. In New York muss Baesa drei Jahre lang ein positives Nettovermögen ausweisen, ehe die Aktien wieder zugelassen werden. Baesa ernannte Ricardo Moreno zum Präsidenten und Geschäftsführer, der die Firma vorher geleitet hatte. Baesa setzte 1998 über US\$ 300 Mio. um und erwirtschaftete einen Gewinn von US\$ 2,5 Mio. Der Bilanzverlust von US\$ 80 Mio. beruhte auf Zinszahlungen.

Präsident Menem entschied zugunsten der Trasse der Schnellstrasse zwischen der Autobahn Arturo Illia unweit Retiro bis zur Autobahn Südost bei der Strasse Brasil als Tunnel unter dem Wasserspiegel bei den Docks von Puerto Madero. Der Bau soll nach Bautensekretär Raúl Costamagna in drei Jahren erstellt und mit Privatinvestitionen finanziert werden. Der Bautensekretär der Stadtregierung Nicolás Gallo besteht auf einer anderen Trasse unter den Schienensträngen von Puerto Madero, die als Park umgemodelt werden sollen. Die Variante unter dem Wasserspiegel sei technisch nicht machbar und werde von der Stadtregierung nicht

gebilligt werden. Der private Konzern Torcello hatte seinerzeit die Trasse als Tunnel empfohlen, deren Bau in Konzession mit 30.000 unterirdischen Parkplätzen und einem U-Bahnstation für angenommene US\$ 600 Mio. finanziert werden würde.

Die Kraftfahrzeugunternehmen befürworten beim Industriesekretariat eine Reform der Mehrwertsteuer für Leasing-Verkäufe, damit die Steuer nicht mehr wie jetzt vollumfänglich beim Abschluss des Leasing-Vertrages, sondern mit jeder Zahlung anfällt. Die Reform soll den Kfz-Verkauf anregen, der gegenwärtig als Folge der brasilianischen Abwertung stockt.

In einer Audienz mit dem Wirtschaftsminister Roque Fernández setzte sich der Vorsitzende der Industriellenunion (UIA), Alberto Alvarez Gaiani, für die Wiederherstellung der geförderten Arbeitsverträge ein, auf die die Sozialbeiträge entfallen, und forderte eine Umverteilung der Rückerstattungen beim Export, damit einige Ausfuhren zu Lasten anderer mit höheren Rückerstattungssätzen begünstigt werden. Der Minister zeigte sich empfänglich für den Vorschlag unter der Bedingung, dass das Defizit nicht zunimmt. Im Visier sollen die Fischexporte sein, deren Rückerstattungen gesenkt werden könnten. Die neuen Steuern auf Zinsen und Aktien, deren Abschaffung die UIA auch fordert, sollen bestehen bleiben, wie der Unterstaatssekretär für Steuerpolitik, Guillermo Rodríguez Usé, bestätigte.

Die Bauwirtschaft verzeichnete im Januar einen Rückgang von 13,1% im Vergleich zu Januar 1998, wie das Statistische Amt Indec berichtete. Die Zurückhaltung als Folge der Zinserhöhungen sowie übermässige Regenfälle wirkten sich negativ auf die Bautätigkeit aus. Im Jahr 1998 hatte die Bautätigkeit nur 6,5% gegen 22,7% 1997 zuzugewonnen. Die Tendenz zur Abschwächung der Bautätigkeit seit Mitte 1998 wurde durch die Entwicklung der Baulizenzen in 20 Gemeinden bestätigt. Sie nahmen ab Jahresmitte fühlbar ab. Im Januar 1999 vermehrten sich die Baulizenzen um 2,8% gegenüber Januar 1998. Im Kalenderjahr 1998 wurden 13,5% mehr Baulizenzen erteilt.

Nach bisherigen Schätzungen des Steuerunterstaatssekretärs Rodríguez Usé werden die Einnahmen aus Steuern, Sozialbeiträgen, Zöllen und Gebühren im Februar um 3% unter Februar 1998 liegen. Erwartet waren \$ 3.840 Mio. gleich weniger 2,5% gegenüber \$ 3.940 Mio. im Februar 1998, aber letzte Ergebnisse bezeugen, dass weniger Steuern eingehen.

Der technische Staatssekretär im Justizministerium, Gustavo Naveira, kündigte die Namen der Architekten an, die die Ausschreibung für die Pläne der sogenannten Justizstadt zwischen den Strassen Juan de Garay, Brasil, Pichincha und Combate de los Pozos gewonnen haben: Guillermo Dergarabedian, Roberto Frangella, Valeria del Puerto, Guillermo Parodi, Horacio Sardin, Andrés Ferrari und Roque Frangella. Dreissig Vorschläge waren eingereicht worden.

Der Verband Sociedad de Arquitectos überwachte die Ausschreibung. Am 17. März um 19 Uhr werden die Vorschläge der Gewinner im Palais de Glace vorgestellt werden. Das Stadtparlament prüft die Projekte und wird für März eine öffentliche Audienz einberufen. Nach der parlamentarischen Genehmigung kann eine nationale und internationale Ausschreibung für den Bau der neuen Gerichtsgebäude einberufen werden. Das Projekt der Justizstadt ersetzt ein früheres des damaligen Justizministers Rodolfo Barra in Puerto Madero, das beanstandet worden war.

Greenspan gegen Dollarisierung

Der Vorsitzende des US-Fed, Alan Greenspan, nahm in seinem Vortrag vor dem Bankenausschuss des Senats Stellung zur Dollarisierung Argentiniens. Er bestätigte, dass die argentinische Regierung das Fed und das Schatzamt (Treasury) über ihr Projekt der Dollarisierung befragt hat. Vorerst gebe es keine Antwort, bis sich das Fed und das Schatzamt einig werden.

Gleichzeitig mahnte Greenspan, dass die monetäre Politik des Fed stets in erster Linie die Vereinigten Staaten im Sinn hat. „Wir können nicht als Zentralbank der Vereinigten Staaten und anderer Länder wirken“, präzisierte der Fed-Chef seine Position zur argentinischen Dollarisierung. Es gebe noch keine vereinbarte Position zum Thema innerhalb der Regierung, worüber verhandelt werde, weil Argentinien gebeten habe, eine formellere Vereinbarung einzugehen. Er hoffe, dass bald eine gemeinsame Position des Fed und des Schatzamtes erarbeitet werden könne. Eine solche Dollarisierung bringe Vor- und Nachteile für die Vereinigten Staaten mit sich.

„Wir sind uns klar darüber, dass der Gebrauch gemeinsamer Währungen in grösseren Bereichen der Welt ein Faktor der Stabilität sei, wie der Dollar und der Euro, aber wir sind noch nicht ganz davon überzeugt“, betonte Greenspan. Allerdings kann niemand in den Vereinigten Staaten verhindern, dass ein Land einseitig den Dollar als Währung verwendet, wie es Panama und Liberia getan haben. Er sehe keinerlei Grund, diese Länder davon abzubringen. Indessen könne er keinesfalls den Anschein vermitteln, dass er bereit sei, Finanzanstalten anderen Ländern beizustehen, deren Wirtschaften dollarisiert seien.

Die argentinische Reiswirtschaft

CIALA (Cámara de Industriales del Arroz del Litoral Argentino), der Verband argentinischer Reisproduzenten und -verarbeiter hat einen Bericht veröffentlicht, dem u.a. zu entnehmen ist:

In der letzten Zeit kamen Kommentare und Voraussagen im Umlauf, die der Ankündigung einer Apokalypse nahekommen, besonders in Zusammenhang mit Brasiliens Wirtschafts- und Währungsproblemen. Ciala vereint Reisverarbeiter aus den Küstengebieten der grossen Flüsse, die mehrheitlich auch grosse Reisanbauer sind. In der letzten Versammlung wurde die Lage, ausschliesslich aus ihrem Blickfeld, geprüft und Hochrechnungen für dieses Jahr gemacht.

Ciala teilt rückhaltlos die Ansicht jener, die Strukturmassnahmen im Steuerwesen wünschen, um es den Gegebenheiten anzupassen. Dazu gehören Verringerungen der Lohnnebenkosten, automatische Rückerstattung der MWSt. beim Export, sowie die Abschaffung der Steuern auf Zinsen und auf mutmassliche Gewinne.

Anschliessend muss die Wirtschaftslage für Reis eingehend geprüft werden. Obwohl Reis das am meisten geerntete Getreide der Welt ist, werden davon international nur etwa 15 Mio. t gehandelt. Darunter befindet sich der vom Klima und den Erntergebnissen abhängig auf 650.000 bis 800.000 t geschätzte Ausfuhrüberschuss Argentiniens. Die Ernte beginnt erst.

Die staatliche brasilianische Conab hat im Dezember die für Bra-

silien notwendigen Einfuhren mit 900.000 t veranschlagt, auf Grund des Verbrauchs von 1997 und 1998, als der Verbrauch gegenüber den Vorjahren zurückgegangen war, durch die Kaufkraftsteigerung des Real-Plans und damit dem Übergang von Reis und Bohnen auf den Verbrauch von mehr Geflügel, Teigwaren, Fleisch usw. Die Entwicklung lässt jedoch eine Umkehrung und die Zunahme des Reisverbrauchs erwarten. Nur Mandiokmehl ist noch billiger als Reis.

Selbstverständlich werden die brasilianischen Reisproduzenten, die Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Treibstoffe usw. zu einem ungünstigeren Kurs bezahlen müssen, ihre Preise durch Angebotsdrosselung verteidigen. Dadurch wird der mögliche Ausfuhrpreis für Argentinien festgelegt. 1998 wurde in Argentinien durch „El niño“ bis zu \$ 300 pro t Reis bezahlt. Der Durchschnitt lag bei \$ 245, gegen einen herkömmlichen Preis von \$ 200. Schon vor den Schwierigkeiten Brasiliens gab es demnach in Argentinien einen Preisverfall von 20%.

Die argentinische Reiswirtschaft hat bereits 1997 und 1998 neue Märkte ausserhalb des Mercosur bearbeitet. Sie buchte Bestellungen aus Iran, Peru, Chile, Mexiko, Costa Rica u.a. Der erwähnte Preisanstieg und die Lieferungen nach Brasilien unterbrachen diese Geschäfte.

Fast alle internationalen Trading-Agenturen arbeiten heute in Argentinien an der Erweiterung des Auslandsgeschäftes, einschliesslich der Reislieferungen nach Mittelamerika.

Ciala ist der Ansicht, dass dieses Jahr für die Reiswirtschaft schwer, jedoch keineswegs traumatisch sein wird, wie einigen Berichten zu entnehmen ist. Die Zahlungen aus Brasilien zeigen eine Tendenz zur Normalisierung. Bei Bereinigung der politischen Lage mit Iran könnte ein wichtiger Kunde wiedergewonnen werden. Der grösste Unsicherheitsfaktor ist der Preis, der nicht so niedrig sein wird, wie einige befürchten, und nicht der Mangel an Absatzmärkten ausserhalb Brasiliens. Selbstverständlich muss immer mit wirtschaftlichen, politischen und klimatischen Unvorgesehenheiten in Liefer- und Käuferstaaten gerechnet werden.

Geheimnisumwitterte Tango-Königin

Tania, Tangosängerin und Muse von Discépolo, nahm das Wissen um ihr wahres Alter mit ins Grab

Dem Mythos war das, was „ihr“ Geheimnis eher zuträglich. Während sie über ihren Geburtsort Toledo nie genug erzählen konnte, sorgte sie mit ihrem beharrlichen Schweigen über ihr Alter hingegen dafür, dass sich um das Datum ihrer Geburt viele Spekulationen rankten. „Es ist doch unwichtig, wann ich geboren wurde. Man wird ohnehin sagen, dass ich bereits mit Christoph Kolumbus hier ankam“, begegnete Tania immer wieder der Frage nach ihrem Alter. Ob sie nun vor 98 oder gar vor 105 Jahren in der spanischen Königsstadt unweit von Madrid das Licht der Welt erblickt hat, war der „Tango-Königin“ in ihrem langen Leben nicht zu entlocken.

Als sich in den zwanziger Jahren die Avantgarde der kulturellen Szene des Río de la Plata bemächtigte, eroberte Tania schon bald nach ihrer Ankunft in Buenos Aires 1924 die Bühnen der Theater und Varietes, die Kinoleinwände und später auch das Fernsehen. Dass sie bereits seit ihrem zwölften Lebensjahr - sie wollte der älteren Schwester, einer Operettensängerin, nacheifern - in Tanz und Gesang ausgebildet wurde, gereichte ihr dabei nur zum Vorteil.

Um 1927 traf Tania, die sich zunächst Tania Visdi, dann Tania Mexican und später dann einfach nur Tania nannte, den Mann ihres Lebens: Enrique Santos Discépolo. Die beiden waren bis zum Tod des legendären Tango-Philosophen und -Autors („Cafetín de Buenos Aires“ oder „Cambalache“) 1951 unzertrennlich. Ein Freund Carlos Gardels hatte die beiden einander vorgestellt. Damals trat sie in „Follies Bergere“ auf, das Stück hiess „Esta noche me emborracho“, der Autor: Enrique Santos Discépolo. Später erfuhr sie, dass Discépolo gekommen war, um zu hören, wie diese „gallega“ seine Texte interpretierte.

Er habe ihr gefallen, weil er nicht so mit dem Geld um sich geschmissen habe, sagte die Tania über den Mann, dessen Inspiration, Begleiterin und Muse zugleich sie war und mit dem sie eine der fruchtbarsten Beziehungen der argentinischen Kulturgeschichte aller Zeiten aufbaute. „Aber auch wir gaben alles aus, was wir hatten“, schilderte Tania nicht nur die Zeit, als sich die beiden kennenlernten. Einen „kleinen Whiskey“ sollte sie bis zu ihrem Lebensende nicht verschmähen.

Tania drehte drei Spielfilme, allesamt Komödien: „El pobre Pérez“ (1937) von Regisseur Luis César Amadori, und mit Discépolo die Streifen „Cuatro

Rückgang der Industrieproduktion

Nach Aufarbeitung der letzten Ergebnisse hat die Stiftung Fiel ihre Angaben über die Entwicklung der Industrieproduktion nach unten berichtigt. Gemäss den neuen Zahlen ist die Dezemberproduktion im Vorjahresvergleich um 12,2% zurückgegangen, und nicht um 7,6% wie das Statistikamt Indec ermittelt hatte. Auch für Januar hat Fiel den vom Indec mittels seines EMI (Estimador Mensual Industrial) ermittelten Rückgang von 6% nach unten auf minus 8,6% berichtigt. Für das 3. Quartal wird derselben Quelle zufolge nun ein Industrie-Produktionsrückgang von 0,6% ausgewiesen, für das 4. Quartal von 9%, immer im Vorjahresvergleich.

A. Viglione, Wirtschaftsexperte der Stiftung, fasste die Entwicklung zusammen: Zuerst kam der Preisverfall bei den Commodities, der von 1995 bis 1998 20% bis 30% betrug, was eine Verringerung der Erzeugung von Zwischenprodukten zur Folge hatte. Dann kam die Zahlungseinstellung Russlands, die unser Länderrisiko erhöhte, mit Einschränkungen bei den Investitionen und dadurch auch der Herstellung von Kapitalgütern. Schliesslich brachte die Lage in Brasilien eine Schrumpfung bei den Ausfuhren, besonders für die Kfz-Branche, wodurch die Herstellung dauerhafter Verbrauchsgüter ebenfalls von der Rezession ergriffen wurde.

Die Industrieproduktion nahm somit, nach den letzten Vorjahresvergleichen im 1. Quartal 1998 um 7,3% zu, im 2. Quartal um 6,3%, und im 1. Halbjahr um 7%. Im 3. Quartal ging sie um 0,6% zurück, im 4. Quartal um ganze 9%, als die drei auslösenden Ursachen, Verfall der Commoditypreise, Finanzschock durch Russland und Brasilienkrise, sich voll auswirkten.

Nach Branchen gibt Fiel für 1998 folgende Ermittlungen bekannt: Die Fertigung von Kfz-Reifen legte 11,5% zu, Zement 5,9%, Kfz 4,2%, verarbeitetes Erdöl 3,8%, vor Kunststoffen und Kautschuk, Petrochemie, Nahrungsmitteln, Zigaretten und Getränken. Rückgänge verzeichneten Chemikalien aus dem Bergbau -0,2%, Aluminium -0,2%, Papier und Zellulose -0,5%, elektrische Haushaltsgeräte -1,1%, nichtelektrische Haushaltsgeräte -2,1%, Eisen und Stahl -2,4%, Kapitalgüter -4,2%, Agrochemie -21,4% und Traktoren -24,6%. Der einzige Industriebereich, der keinen Rückgang verzeichnet, ist jener der nicht dauerhaften Konsumgüter, wie z.B. Nahrungs- und Genussmittel.

Corazones“ (1939) und „Caprichosa y millonaria“ (1940), letzterer zeigte Paulina Singerman an ihrer Seite. Auch auf den Bühnen von Buenos Aires trug die an Liebe und Arbeit reiche Ehe Früchte.

Tania war Protagonistin in den Stücken ihres Ehemannes wie „La perichona“ (1932), „Mis canciones 1932“, „Wunder Bar“ (1933), „Winter Garden“ (1935) sowie „Blum“ (1949 bis 1951) und verstand es dabei immer wieder meisterhaft und unerreicht, dem Tango die Melancholie und den Rollen das Leid zu nehmen.

Nach dem Tod ihres Mannes vor fast einem halben Jahrhundert und weil sie Ablehnung ob ihrer und Discépolos peronistischer Haltungen zu spüren bekam, ging Tania fast zehn Jahre ins europäische und lateinamerikanische Ausland. 1959 kehrte sie allerdings zurück nach Buenos Aires und eröffnete die Tango-Bar „Cambalache“ (Libertad, Ecke Córdoba).

Dort war sie nach der langen Abstinenz dann fast omnipräsent, als Entertainerin und Sängerin war sie wieder die unverwechselbare Tango-Interpretin in den vielen Nächten, die ihrer Rückkehr folgen sollten. Auch zum Theater kehrte sie zurück mit „Botica del ángel“ von Eduardo Bergara Leumann oder „Mi Buenos Aires de entonces“, das jahrelang am Teatro de la Ribera lief.

Selbst noch in den siebziger Jahren zeichnete sie eine schier unglaubliche Kondition aus, dank derer sie immer wieder auch im Fernsehen in Tango-Shows auftrat.

Gegen Ende ihres Lebens wurden die Tanias Verdienste um den Tango und damit Buenos Aires und Argentinien 1989 mit der Ehrenbürgerschaft der Stadt Buenos Aires gewürdigt, 1998 erhob das Nationale Kultursekretariat sie aufgrund ihrer künstlerischen Leistungen, die zum weltweiten Ruhm des Tango beitrugen, in den Stand einer „Ehrenvertreterin der argentinischen Kultur“.

Am vorletzten Mittwoch ist die an einem 13. Oktober unter dem Namen Ana Luciano Divis geborene Tochter eines Militärs eines natürlichen Todes gestorben. Einen Tag später wurde ein „Symbol der Stadt Buenos Aires“, wie die Zeitung La Nación in einem Nachruf schrieb, auf dem Chacarita-Friedhof im Pantheon der „Asociación Argentina de Actores“ beigesetzt.



Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank								
(in Milliarden Pesos)								
	24.12.98	4.1.99	11.1.99	18.1.99	25.1.99	8.2.99	15.2.99	22.2.99
Gold, Devisen u. Anlagen	25,14	25,70	25,10	25,99	25,47	24,48	24,57	24,73
Staatspapiere	1,65	1,61	1,63	1,63	1,60	1,64	1,66	1,68
Internat. Reserven ZB	26,79	27,32	26,73	27,62	27,07	26,12	26,23	26,41
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	6,55	5,95	6,86	6,61	6,62	7,56	7,30	6,79
Währungsreserven des Finanzsystems	33,34	33,26	33,59	34,24	33,68	33,68	33,54	33,20
Notenumlauf	15,15	16,23	16,41	16,24	15,58	15,06	15,44	14,63
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,03	0,05	0,02	0,03	0,03	0,03	0,03	0,01
Monetäre Passiven	15,18	16,28	16,43	16,27	15,61	15,10	15,47	14,64
Nettosaldo Swaps	9,82	9,23	8,46	9,51	9,74	9,27	8,99	10,25
Depositen der Regierung	1,43	1,99	0,98	0,88	0,93	0,94	1,96	1,52
Finanzpassiven	25,00	25,51	24,89	25,78	25,35	24,37	24,47	24,88
Quelle: Zentralbank								